



RECHENSCHAFTSBERICHT des Vorstands 2012 - 2013

vorgelegt zur Mitgliederversammlung am 28. September 2013

Bericht für die Zeit
September 2012 bis August 2013

Vorschau auf 2013

Finanzbericht 1.1. - 31.12.2012

Germanwatch e.V.

Büro Bonn: Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 60492 -0 Fax: +49 (0) 228 60492-19

Büro Berlin: Schiffbauerdamm 15, D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 2888 356-0 Fax: +49 (0) 30 2888 356-1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org

Spendenkonto 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen	3
B	Die Basis unserer Arbeit	6
C	Unsere Arbeit	8
	Deutsche und EU-Klimapolitik	8
	Internationale Klimapolitik	14
	Unternehmensverantwortung	19
	Welternährung, Landnutzung und Handel.....	23
	Finanzierung für Klima und Entwicklung/Ernährung	26
	Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	29
	Pressearbeit.....	32
	Öffentlichkeitsarbeit	34
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen.....	36
E	Finanzbericht für das Kalenderjahr 2012.....	37
F	Ausblick.....	43

A Politische Rahmenbedingungen

Ambivalent fällt der Rückblick auf die Monate seit Sommer 2012 aus. Für Germanwatch als Organisation war es ein erfolgreiches Jahr. Die Resonanz bei EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft steigt weiter, was sich auch im Umfang der von uns durchgeführten Projekte niedergeschlagen hat. Die gute Vernetzung in der Zivilgesellschaft – national und international – ist unser besonderes Kennzeichen und sie nimmt immer spannendere Formen an. Die Stimmung in unserem Team, das hohes persönliches Engagement mit politischem Augenmaß verbindet, ist bemerkenswert gut. Andererseits: bei unserer politischen Arbeit steht uns der Wind im Gesicht.

Die Europäische Union steckt in einer an ihrem bisherigen positiven Image nagenden, existenziellen Krise, die die räumlich oder zeitlich weiter entfernten Krisen (wie z.B. die Ernährungskrise, die Klimakrise, der Druck auf Menschenrechte in der Rohstoffkrise) aus dem politischen Fokus rückt. Aus dem Klimavorreiter EU ist – gerade auch durch die Bremsertätigkeiten des deutschen Wirtschaftsministers – eine EU im Stillstand, wenn nicht im Rückwärtsgang geworden. Verwundert sehen wir, wie derzeit in den USA und China eine größere – wenn auch nicht ausreichende – klimapolitische Dynamik herrscht als hier. Deutschland bremst auch, wenn es um verbindliche Berichtspflichten für Unternehmen über soziale und ökologische Risiken auf EU-Ebene geht. Die EU-Kommission forderte Ende 2011 die Mitgliedsstaaten auf, Nationale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Bezug auf Unternehmensverantwortung vorzulegen. Andere Länder arbeiten intensiv an der Umsetzung, Deutschland hat nicht einmal die Zuständigkeit in der Bundesregierung geklärt. Und die deutsche Landwirtschaftsministerin brüstete sich auf dem Bauerntag damit, dass sie eine weitergehende Ökologisierung der EU-Landwirtschaft und eine Einschränkung der Massentierhaltung verhindert habe.

Wichtige Teile der in den alten Strukturen behafteten Wirtschaftslobby in Deutschland und in der EU sind stärker als in den letzten Jahren auf Krawall gebürstet und bekämpfen alle sozialen und ökologischen Rahmensetzungen als "Freiheitsberaubung". Sowohl Politik als auch Markt können im Prinzip freiheitsstiftende Medien sein. Für demokratische Staatsbürger ist *Politik* das zentrale Mittel, um von den demokratischen Freiheitsrechten Gebrauch machend, willentlich gemeinsam die Geschehnisse und Grundlagen ihres Gemeinwesens zu beeinflussen. Der *Markt* ist ein selbstgesteuertes System, das – im demokratisch gesetzten Rahmen – dezentral eine unüberschaubare Menge an freien Individualentscheidungen koordiniert und vor willkürlichen Eingriffen schützt. Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates ist es, die demokratischen Gestaltungsrechte mit gleich verteilten Wirtschaftsfreiheiten komplementär abzustimmen. Doch das Gleichgewicht zwischen politischer Freiheit der BürgerInnen und ökonomischen Freiheitsrechten droht zunehmend zu kippen. "Im Teufelskreis zwischen den Gewinninteressen der Banken und Anleger und dem Gemeinwohlinteresse überschuldeter Staaten sitzen die Finanzmärkte am längeren Hebel" resümierte z.B. Jürgen Habermas. Hinzu kommt: Der Protest wird verstärkt in die Bahnen kurzsichtiger nationaler Vorurteile gelenkt, statt gemeinsam mit den Betroffenen in anderen Staaten die Frage anzugehen, wie eine sinnvolle, nachhaltige Perspektive für die EU aussehen kann. Noch fehlt der Protest einer über nationale Grenzen hinweg mobilisierten Bürgergesellschaft, die eine sich zunehmend verselbständigte Brüsseler Exekutive drängt, wild gewordene Märkte durch den notwendigen Rahmen sozial und ökologisch verträglich einzudämmen. Es geht um eine Perspektive, die neue Handlungsfähigkeit der EU und demokratische Kontrolle verbindet. Es gilt demzufolge, das nach dem 2. Weltkrieg erfolgreiche Friedensprojekt EU auf neue Füße zu stellen.

Es geht in dieser Situation darum, mit langem Atem Investitionen zu ermöglichen, die den vielen Menschen in der EU, die mittlerweile aus Arbeit, Krankenversicherung, Altersversorgung herauskatalysiert wurden, einen Weg nach vorne aufzeigen. Durch Investitionen, die zugleich den Klimawandel bekämpfen und die der Energie- und Verkehrswende den Weg ebnen.

Bisher (Mitte August) plätschert in Deutschland der Wahlkampf vor sich hin und niemand traut sich die wirklich relevanten Fragen auf den Tisch zu legen.

Obwohl wir und andere NGOs und zivilgesellschaftliche Kräfte einer gut organisierten und in Teilen immer skrupellosem Wirtschaftslobby gegenüberstehen, setzen wir auch auf eine Erkenntnis, die sich seit unserer Gründung immer wieder bewährt hat. Es gibt nicht DIE Wirtschaft. Zwar ist auch dort die

Vergangenheit meist besser organisiert als die Zukunft. Und von denen, die sich bei der Energiewende überrascht sahen, setzen viele heute sehr massiv auf rückwärts gewandte Interessen.

Doch wir sollten uns nicht nur um diese wankenden und zum Teil fallenden Baumriesen kümmern. Gleichzeitig wächst meist still ein neuer Wald von anderen Akteuren. Sie setzen auf die Innovationspotenziale der notwendigen Transformation, stehen für Erneuerbare Energien, Energie- und Rohstoffeffizienz, Kreislaufwirtschaft und für eine umfassende Transformation im Energie, Verkehrs- und Ernährungsbereich.

Gegenüber Wirtschaftsakteuren setzen wir auf einen intelligenten Mix zwischen Freiwilligkeit und Verbindlichkeit. Ohne einen verbindlichen, durch legitime Politik gesetzten Rahmen, dominieren in aller Regel die Trittbrettfahrer die politische Dynamik. Ohne Raum für freiwillige Vorreiterinitiativen von Einzelnen oder Gruppen droht gleichzeitig die Innovation zu erlöschen. In dem Zusammenspiel ist viel Musik drin.

Germanwatch versucht, auch in dieser Zeit als innovativer Pilotfisch und Vermittler innerhalb der Zivilgesellschaft, aber auch in den politischen und unternehmerischen Raum hinein, zu wirken. Diese Aufgabe kommt Germanwatch immer häufiger zu. Viele Akteure aus Initiativen, aus der Wissenschaft, auch aus der obersten Politik- und Wirtschaftsebene fragen uns, ob wir "Übersetzungsaufgaben" und Moderationen übernehmen oder ob wir an runden Tischen teilnehmen möchten. Sei es, ob es um die Weiterentwicklung der Klimaallianz geht, um neue Geschäftsmodelle von Energiekonzernen im Kontext der Energiewende oder darum, wie Menschenrechte, Ernährungssicherheit oder Klimaschutz in den Fraktionen (wieder) mehrheitsfähig gemacht werden können. Oder wie die Schutzpflichten der Staaten und die Verantwortung der Unternehmen gegenüber Menschenrechten durchgesetzt und den betroffenen Menschen Zugänge zu Beschwerdemechanismen und Entschädigung gewährt werden können.

Sehr geholfen haben uns im letzten Jahr bei der Weiterentwicklung unserer Handlungsfähigkeit die strategischen Allianzen, die wir mit Stiftungen (etwa der Stiftung Mercator und der European Climate Foundation), mit Entwicklungsorganisationen (etwa Brot für die Welt, Misereor und dem Climate and Development Knowledge Network CDKN) oder enge Kooperationen, die wir mit Umweltorganisationen (etwa WWF, Greenpeace und BUND) eingegangen sind oder dabei sind zu entwickeln. Sowohl durch die strategischen Debatten, die exzellente arbeitsteilige Kooperation als auch die finanzielle Unterstützung durch Akteure wie diese wurden wir deutlich gestärkt.

Unsere für Germanwatch und die Teams übergreifenden Hauptfragestellungen liegen in folgenden Punkten:

- Wie kann Deutschland endlich entschieden auf ein handlungsfähiges und demokratisch legitimiertes Kerneuropa hinarbeiten, mit dem Ziel endlich wieder eine halbwegs erträgliche Balance zwischen der Gestaltungsmacht von Politik und Wirtschaft herzustellen? Es geht dabei um uns in Deutschland und Europa, aber auch um die Rolle der EU in der Welt. Kein europäisches Land wird alleine die Kraft haben, in der Zukunft im Konzert der anderen großen Player mitzuspielen und eine politisch gesplante Weltgesellschaft mit wachsenden wirtschaftlichen Unterschieden in den meisten Gesellschaften mitzugestalten. Wir sind uns sehr bewusst, dass Germanwatch nur eine begrenzte Rolle in diesem Kontext spielen kann - gleichzeitig gelingt es uns immer wieder, Akzente zu setzen, die in den entsprechenden Debatten Gehör finden. So haben wir mit dem Global Climate Forum, Klaus Töpfer (IASS) und dem Bundesumweltministerium gemeinsam zwei Dialogrunden initiiert, bei dem es u.a. um folgende Fragen ging: Wie können Investitionen, Berufsbildungsmöglichkeiten für Jugendliche und das Schließen von Steuerschlupflöchern das Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit der EU unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit erhöhen?
- Wie kann diese Krisenbekämpfung in der EU mit den notwendigen Investitionen für einen nachhaltigen Umbau des Energie- und Verkehrssystems, der Landwirtschaft sowie der Gesamtwirtschaft in Richtung Kreislaufwirtschaft verknüpft werden? Und damit auch außenpolitische Handlungsfähigkeit für eine glaubwürdige kooperative Friedenspolitik Deutschlands und der EU entstehen?
- Wie kann im Jahr der Bundestagswahl und ein knappes Jahr vor der Wahl zum Europaparlament in Deutschland und der EU die Demokratie und Partizipation von Menschen/Betroffenen gestärkt

- Welche Chancen haben wir für ausreichende und gesunde Ernährung für alle angesichts der zunehmenden Weltbevölkerung, der Industrialisierung der Landwirtschaft, der ungebremsen Unterstützung für Massentierhaltung und des Verlustes von Böden und des Klimawandels?
- Wie können wir das faire Spielfeld (level playing field) für Wirtschaft und Finanzakteure durch soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards so anheben, dass diese schrittweise weltweit Gültigkeit erlangen können?
- Wie kann eine umfassende Bildungs- und Öffentlichkeitskampagne für eine nachhaltige Entwicklung nicht nur in Deutschland aussehen, die wirklich unter die Haut geht, ohne in plumpen Alarmismus zu verfallen? Hier müssen auch mehr Handlungsvorschläge in den Mittelpunkt gerückt werden.
- Es wird zunehmend deutlich, dass es sehr wichtig ist, eine neue Debatte über Freiheit und Nachhaltigkeit zu führen. Es kann nicht angehen, dass diejenigen, die Veränderungen verhindern und durch die Konsequenzen ihres Handelns die Freiheiten heutiger und künftiger Generationen massiv einschränken, die Freiheit des im Sinne des Gemeinwohl gesetzgebenden Bürgers als Freiheitsbeschränkung verunglimpfen, Privilegien von Einzelnen als Freiheitsrechte verteidigen und auf den Status Quo pochen. So richtig es ist, möglichst freiheitsförmige politische Mittel zu wählen, so wichtig ist es auch, diese Debatte positiv zu drehen. Erst der Schutz von Gemeinschaftsgütern trägt dazu bei, dass sich die vielen Einzelnen mit ihren Individualbedürfnissen frei entfalten können. Die Grenzen von deren Freiheit sind aber da, wo sie die Freiheit oder gar das Überleben anderer – heute oder morgen – einschränken.

Wir versuchen weiterhin, die Arbeit von Germanwatch noch stärker zuzuspitzen: der Versuch, einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden; der Kampf um die Durchsetzung der Menschenwürde und Menschenrechte – auch gegen übermächtig erscheinende Wirtschaftsinteressen in einer wild gewordenen Globalisierung; das Recht auf Nahrung gegen alle Herausforderungen durchzusetzen. Und dabei immer den Schutz der Betroffenen mit der politischen Stimme für konstruktive Entwicklungen zu verknüpfen. Viele interessante Anfragen, die nicht zu diesen Schwerpunkten passen, müssen wir absagen – ebenso Anderes, was wir gerne machen würden, aber wofür die notwendige Finanzierung fehlt. Umso wichtiger ist es dann, gut vernetzt zu sein und auf die Arbeitsteilung in der NGO-Gemeinschaft zu setzen.

B Die Basis unserer Arbeit

Dank der Unterstützung unserer Aktivitäten durch Mitglieder und Förderer sowie der Anstrengungen eines großen Teams aus haupt- und ehrenamtlichen Kräften konnte Germanwatch auch in den vergangenen zwölf Monaten vieles bewegen. Diese Basis unserer Arbeit und ihre Entwicklung möchten wir im Folgenden kurz darstellen. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden dagegen in einem eigenen Kapitel (Finanzbericht, Kap. E) hervorgehoben.

Unterstützung von und Service für Mitglieder und SpenderInnen

Die Zahl der Mitglieder ist im fünften Jahr in Folge leicht steigend (siehe Tabelle) und beträgt aktuell 603, darunter 352 stimmberechtigte Mitglieder, 244 Fördermitglieder und 7 Ehrenmitglieder (Stand 05.08.2013). Diesen abermaligen Anstieg konnten wir mit gezielten Mitgliederwerbemaßnahmen erreichen, die wir auch weiterhin fortsetzen.

Darüber hinaus unterstützen zahlreiche Menschen Germanwatch durch Spenden, Zustiftungen an die Stiftung Zukunftsfähigkeit und durch aktive Mitarbeit, u.a. in unserem UN-Klimaverhandlungs-Team und in der Hamburger und Münchener Regionalgruppe.

Mitgliederentwicklung seit 2003

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
440	447	457	478	526*	542*	494	535	560	575	603

*einschließlich befristeter Mitgliedschaften (Ökostrom-Aktion, siehe Rechenschaftsbericht 2009)

Mit dem Mitgliederrundbrief (4 Ausgaben per Post und per E-Mail) sowie den Kurznachrichten (7 Ausgaben per E-Mail) erhalten alle neuen und bestehenden Mitglieder regelmäßig Informationen über die Arbeit von Germanwatch.

Auch die Spendeneinnahmen konnte Germanwatch 2012 gegenüber 2011 steigern (plus 8,9%), wobei der Anteil der projektgebundenen Spenden überproportional stark gewachsen ist. Daraus ergibt sich allerdings, dass im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen immer weniger freie Mittel zur Verfügung stehen, die dringend benötigt werden, um z.B. neue Projektgelder zu akquirieren oder zukunftsichernde Fundraising-Maßnahmen durchzuführen.

Neben Spendenaufrufen und Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitglieder nutzten wir auch weitere Aktionen im Fundraising. So führt, wie gerade vereinbart wurde, beispielsweise von August bis Oktober 2013 The Body Shop Deutschland eine Charity-Aktion unter Einbindung der Kundinnen und Kunden durch. Diese entscheiden selbst darüber, welche gemeinnützige Organisation die Spendengelder aus dem Verkauf von bestimmten Produkten erhalten soll. Für den Bereich Umweltschutz wurde Germanwatch als unterstützenswerte Organisation ausgewählt.



Gerold Kier begrüßt das 600. Germanwatch-Mitglied Jens Plambeck (links) und überreicht ein Willkommensgeschenk – die derzeit fairste Computermaus der Welt von „Nager IT“.

MitarbeiterInnen und Vorstand

Aktiver Kern der Arbeit von Germanwatch sind der ehrenamtliche Vorstand sowie die MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin (siehe dazu die folgenden Kapitel). Die Mitglieder des Vorstands tagen im Abstand von rund zwei Monaten und bringen sich auch darüber hinaus in ihrem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit von Germanwatch ein, soweit es ihre jeweiligen zeitlichen Ressourcen zulassen. Der Vorstandsvorsitzende nimmt dabei in besonderer Weise hochrangige Lobby- und Repräsentations- sowie Vernetzungsaufgaben wahr. Darüber hinaus leisten ehrenamtliche MitarbeiterInnen, PraktikantInnen und Honorarkräfte einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch.

In gemeinsamen Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden (so zuletzt im September 2012, im März 2013 und aktuell im September 2013) fanden und finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

Germanwatch-Vorstand

	Klaus Milke Vorstandsvorsitzender		Anne-Kathrin Kirchhof Stellvertretende Vorstandsvorsitzende		Michael Windfuhr Schatzmeister
	Prof. Dr. Carlo Jäger Vorstandsmitglied		Anne Koch Vorstandsmitglied		Dr. Lutz Morgenstern (bis 2013) Vorstandsmitglied
	Tilman Santarius Vorstandsmitglied		Dr. Klemens van de Sand Vorstandsmitglied		Dr. Hendrik Vygen Vorstandsmitglied

Geschäftsführung

	Christoph Bals Politischer Geschäftsführer		Dr. Gerold Kier Administrativer Geschäftsführer	
	Charlotte Cuntz Assistentin der Politischen Geschäftsführung		Judit Mays Assistentin der Administrativen Geschäftsführung	

C Unsere Arbeit

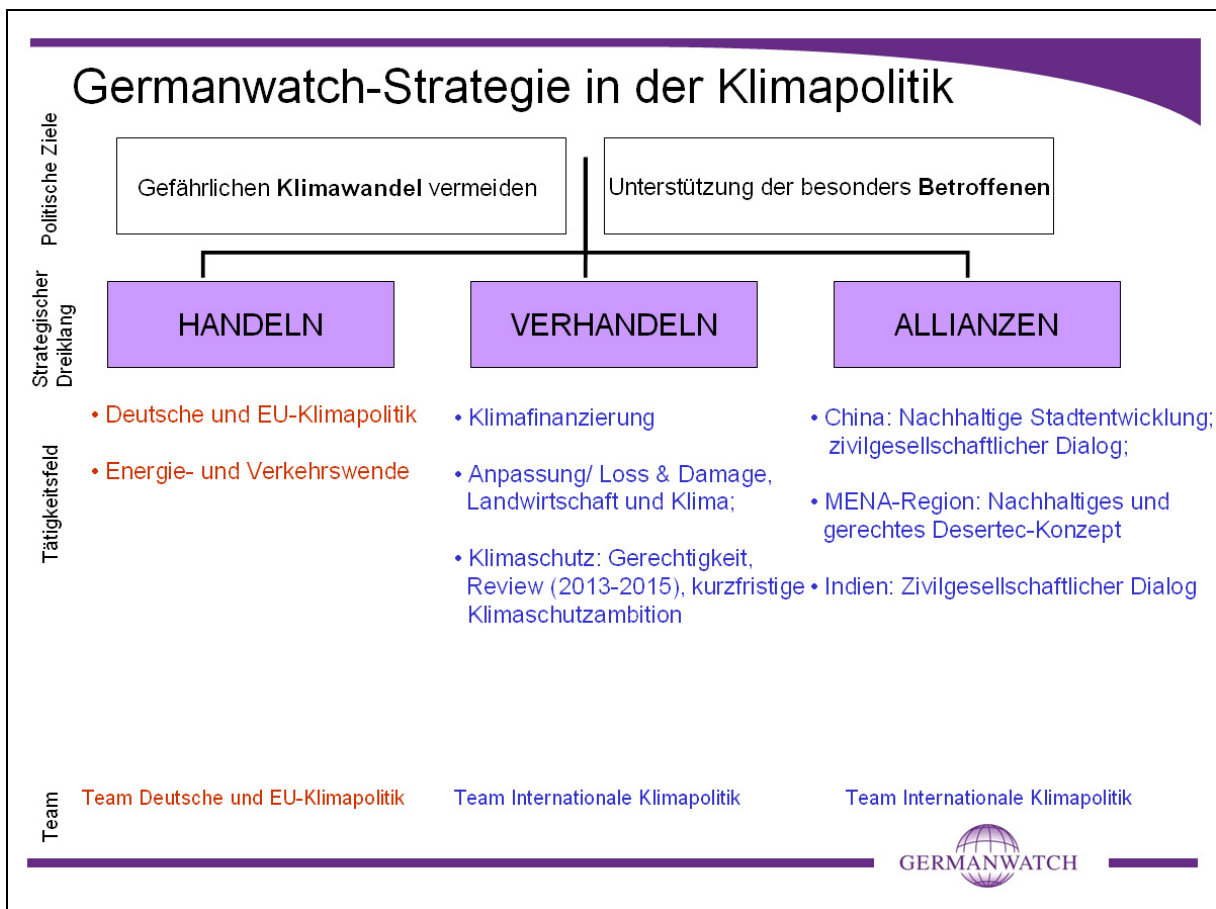
Die inhaltliche Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich in sechs Felder, die wir mit entsprechenden Teams bearbeiten:

- Deutsche und EU-Klimapolitik
- Internationale Klimapolitik
- Unternehmensverantwortung
- Welternährung, Landnutzung und Handel
- Finanzierung für Klima Entwicklung/Ernährung
- Bildung für nachhaltige Entwicklung

Dabei haben wir übergreifend global- und entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine nachhaltige Strukturpolitik im Blick. Globale Gerechtigkeit und der Erhalt der Lebensgrundlagen nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein.

Deutsche und EU-Klimapolitik

Das übergreifende Doppelziel der beiden Germanwatch-Kimateams ist die *Abwendung eines gefährlichen Klimawandels* sowie der *Schutz und die Unterstützung der besonders von den Folgen des Klimawandels betroffenen Menschen und Länder*.



Wir orientieren uns dabei strategisch an dem Dreiklang des *Handelns* in Deutschland und der EU (Energie- und Verkehrswende), des intelligenten Vorantreibens von *Allianzen* (die Handeln und Verhandeln unterstützen) sowie die Ermöglichung einer starken Rolle Deutschlands und der EU in den *internationalen Verhandlungen* mit dem Ziel eines ambitionierten und gerechten Ergebnisses. Während im Team Deutsche und EU-Klimapolitik das *Handeln* in Deutschland und der EU im Zentrum steht, fokussiert das Team internationale Klimapolitik auf die Initiierung von *Allianzen* und erfolgversprechende *Verhandlungen* (siehe Grafik oben).

Das Team Deutsche und Europäische Klimapolitik ist auf die beiden Germanwatch-Büros in Bonn und Berlin verteilt. In Bonn liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf der Arbeitsweise *Research*, während die Berliner KollegInnen sich auf die *politische Lobbyarbeit* konzentrieren.

Die EU-Klima- und Energiepolitik aus ihrer Krise führen

Die *Klimapolitik der EU* galt bis vor wenigen Jahren als Erfolgsmodell. Kaum ein anderer Politikbereich ist so stark positiv vergemeinschaftet. In wenigen anderen außenpolitischen Handlungsfeldern war die EU so geschlossen, ambitioniert und darum einflussreich aufgetreten. Doch seit 2009/2010 ist davon nur noch wenig übrig. Deutschland ist in den letzten beiden Jahren vom Treiber der EU-Klimaschutzpolitik zum Zauderer degradiert. Die polnische Regierung bläst gar entschieden zum Rückwärtsgang. Zusammen sind es vor allem diese beiden Länder, die derzeit jeden Fortschritt in der EU-Klimapolitik aufhalten oder stark bremsen – und damit auch die Position der EU in der globalen Klimapolitik entscheidend schwächen.

Germanwatch fordert schon lange ein engagierteres Vorgehen von Deutschland und der EU in Sachen Klimaschutz. Das aktuell gültige EU-Emissionsziel von 20% Reduktion bis 2020 unter das Niveau von 1990 ist – auch bei Berücksichtigung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise – unzureichend und sehr unambitioniert. Denn dieses EU-Ziel ist schon jetzt übererfüllt. Die EU sendet ein verheerendes Signal in die Welt: Bis 2020 herrscht beim europäischen Klimaschutz Stillstand oder sogar Rückschritt.

Das hat gravierende Folgen. Die UN-Klimaverhandlungen kommen auch wegen des Ausfalls der EU als Vorreiterin in Sachen Emissionsreduktion und Klimafinanzierung zu schleppend voran. Der Imageschaden der EU bei den Verhandlungen ist bereits beträchtlich und erschwert positive Verhandlungsinitiativen der EU. Zudem steckt dadurch das Flaggschiff der EU-Klimapolitik, der Emissionshandel, in einer schweren Existenzkrise. Bei einem Preis für Emissionserlaubnisse von deutlich unter 5 Euro kann der Handel sein wichtigstes Ziel nicht erfüllen: Investitionen in CO₂-arme Technologien und Verfahren zu lenken. Die allermeisten Unternehmen haben genug Zertifikate, weil die EU wegen des niedrigen Emissionsziels von 20% sehr viele Emissionsscheine zu verteilen hatte.

Germanwatch hat sich 2012/2013 intensiv dafür eingesetzt, dass sowohl der Emissionshandel reformiert als auch das 2020-Emissionsziel angehoben wird. Dafür haben wir unter anderem den Austausch zwischen Deutschland und Polen unterstützt sowie intensive Überzeugungsarbeit im Europäischen Parlament geleistet. Germanwatch hat sich zudem frühzeitig in die Ende 2012 gestartete Debatte um das neue Klima- und Energiepaket der EU für 2030 eingeschaltet. 2014 könnten die Staats- und Regierungschefs der EU bereits über die Ziele für Emissionsreduktionen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz bis 2030 entscheiden. Für Germanwatch und viele progressive Akteure ist zentral, dass die EU sich tatsächlich auf diese Zieltrias einigt. Alles andere wäre ein Rückschritt.

Um die EU wieder zu einer treibenden Kraft des globalen Klimaschutzes werden zu lassen, arbeitete Germanwatch im Berichtszeitraum unter anderem daran, den ersten Schritt hin zu einer *umfassenden Reform des EU-Emissionshandels*, nämlich das sogenannte „Backloading“ (Zurückhaltung von CO₂-Zertifikaten) voranzubringen. Am 3. Juli erteilte das Europäische Parlament im zweiten Anlauf schließlich das wichtige Mandat für die Verhandlungen mit dem Ministerrat und der Kommission. Ein wichtiger symbolischer Sieg. Ob er wirklich Früchte trägt, wird man erst in den kommenden Monaten sehen.

Für die dringend notwendige umfassende Reform des EU-Emissionshandels, aber auch für ambitionierte EU-Klima- und Energieziele für 2020 und 2030, erarbeitete Germanwatch im Dialog mit Wis-

senschaft, politischen Akteuren und NGO-Partnern in Deutschland, Brüssel und der EU gemeinsame Positionen und Strategien. Darüber hinaus arbeitete Germanwatch daran mit, eine Allianz von großen und mittelständigen in Deutschland tätigen Unternehmen zu diesen Themen zu formen. Ein Ergebnis dieser Arbeit war der im Februar/April 2013 veröffentlichte Appell von sieben großen Konzernen für mehr Investitionssicherheit durch eine ambitionierte EU-Klimapolitik.¹ In direkten Gesprächen mit Abgeordneten des Bundestag und Europäischem Parlament, Vertretern von Verwaltung sowie JournalistInnen warb Germanwatch für diese Positionen.

Der Energie- und Verkehrswende zum Erfolg verhelfen

Die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Deutschland war im vergangenen Jahr ein weiterer Schwerpunkt unserer Forschungs- und Lobbyarbeit. Die Kritiker der Energiewende, die sich durch die Energiewendebeschlüsse von 2011 überrollt sahen, versuchen seit langem Energieeffizienz, Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Energiewende generell in Misskredit zu bringen. Ein Beispiel dafür ist die verkürzte, zum Teil verfälschte Diskussion um die Strompreise und die Erneuerbare-Energien-Umlage.

Viele Unkenrufe beim Beschluss der Energiewende haben sich als falsch herausgestellt. Inzwischen ist nicht mehr die Frage, ob die Erneuerbaren Energien schnell genug wachsen können, sondern allenfalls ob sie zu schnell wachsen. Seit 2010 sank der Anteil an Nuklearstrom von 22,4 auf 16,1 Prozent, der der Erneuerbaren Energien stieg spiegelbildlich. Es ist nicht mehr die Frage, ob Deutschland jetzt zu viel Atom- und Kohlestrom aus anderen Ländern importieren muss, sondern ob der wachsende Stromexport in anderen Ländern mit ihren unbeweglichen Kohle- und Atomkraftwerken zu viele "Probleme" bereitet.

All dies darf allerdings nicht den Blick darauf verstellen, dass wir – durch den Erfolg des Ausbaus der Erneuerbaren Energien – in eine neue Phase der Energiepolitik eintreten. In den nächsten Monaten muss nun ein neues Strommarktdesign entwickelt werden, da im neuen Stromsystem nicht mehr Kohle und Atomstrom, sondern erneuerbare Energien, die – mit dem Scheitern der Sonne und Blasen des Windes schwankende – Grundlast sind. Es ist dringend notwendig, dass endlich Schwung in den Bereich Energieeffizienz kommt, wo die Wirklichkeit den Zielen bedenklich hinterherhinkt.

Ein wichtiger Flaschenhals im Kontext der Energiewende ist der *Um- und Ausbau der Stromnetze* in Deutschland und Europa. Der Weg hin zu nahezu 100% Erneuerbare Energien macht den Um- und Ausbau der Stromnetze in ganz Europa nötig. Denn bei einem weiteren Anstieg des Anteils aus Erneuerbaren Energien bietet das Stromnetz eine im Vergleich kostengünstige Möglichkeit, einen Teil der Schwankungen der erneuerbaren Erzeugung auszugleichen. Vor diesem Hintergrund setzt Germanwatch sich dafür ein, dass der für die Integration der erneuerbaren Energien notwendige Aus- und Umbau der Stromnetze möglich wird. So konnte eine wichtige Lücke des Stromnetzes in Richtung Hamburg bereits geschlossen werden. Klarerweise gilt es immer, zunächst die Möglichkeiten zu prüfen, die den Ausbau der Stromnetze begrenzen könnten. Und dabei die Auswirkungen auf Mensch und Natur möglichst zu begrenzen und die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einzubeziehen.

Im Berichtszeitraum hat sich Germanwatch unter anderem durch mehrere Stellungnahmen und Hintergrundgespräche mit VertreterInnen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft in den nationalen Diskussionsprozess um den Netzausbau (Stichwort Netzentwicklungsplan und Bundesbedarfsplan) eingebracht. Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit war dabei das Thema *Bürgerbeteiligung*. Im Rahmen von Expertenworkshops wurden konkrete Empfehlungen zur Ausgestaltung der Beteiligungsprozesse im Kontext des Netzausbaus erarbeitet. Darüber hinaus hat Germanwatch seine Position auch auf einer Reihe von wichtigen Anhörungen und hochrangigen Podiumsdiskussionen in die öffentliche Debatte eingebracht. Neben der nationalen Diskussion spielt der Netzausbau auch auf europäischer Ebene eine wichtige Rolle. Hier hat sich Germanwatch in einer Koalition mit anderen europäischen NGOs sowie im Kontext der Renewables Grid Initiative (s.u.) intensiv mit der Verordnung über transeuropäische Energieinfrastrukturen befasst, sowohl während der Verhandlungen um die Verordnung als auch bei der Umsetzung in nationales Recht.

¹ www.germanwatch.org/de/download/7569.pdf

Die Diskussion um die *gestiegenen Strompreise* für die Haushaltskunden hatte im vergangenen Jahr auch eine starke sozialpolitische Komponente. Interessanterweise haben sich in diese Debatte auch Akteure eingebracht, die bisher nicht für ihre sozialpolitische Expertise bekannt sind. So treffen einige der vorgebrachten Forderungen nach einer Streichung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes das Problem nicht. Germanwatch hat sich intensiv in die *Debatte um die sozialpolitischen Konsequenzen der Energiewende* eingebracht. Aus Sicht von Germanwatch ist es wichtig, dass die Debatte nicht auf die Strompreise verengt wird, sondern die Möglichkeiten durch effizienteren Einsatz von Energie Kosten zu sparen in den Blick genommen werden – gerade auch angesichts der enorm gestiegenen Heizkosten, die einen wesentlich größeren Anteil als Stromkosten an den Haushaltsausgaben ausmachen. Neben Energieeinsparung und -effizienz müssen auch gezielte sozialpolitische Maßnahmen eine hohe Priorität erhalten. Germanwatch ist im vergangenen Jahr in einen intensiven Dialog mit Sozialverbänden, Gewerkschaften sowie auch Abgeordneten des Bundestags getreten, um gemeinsame Lösungsansätze zu identifizieren, die von einer großen Bandbreite relevanter Akteure unterstützt werden können. Ein wichtiges Ergebnis auch dieser Arbeit war ein Positionspapier, das die Klima-Allianz gemeinsam mit Sozial- und Verbraucherschutzverbänden, Umweltorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften im Frühjahr 2013 veröffentlicht hat und das auf der Bundespressekonferenz unter Schirmherrschaft von Prof. Klaus Töpfer vorgestellt wurde.²

Für Germanwatch ist die *Verkehrswende Bestandteil der Energiewende*. Doch im Gegensatz zur Energiewende, bei der über das Ziel weitgehend politischer Konsens besteht, ist gesellschaftlich noch kein klares Ziel für die Verkehrswende im Fokus. Für Germanwatch dient das von der EU-Kommission im März 2011 vorgelegte Weißbuch "Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum" als ein guter politischer Ausgangspunkt, hat es doch erstmals konkrete Ziele für die Zukunft des öffentlichen Personenverkehrs im Auge wie etwa, dass bis etwa 2050 der Großteil der Personenbeförderung über mittlere Entfernungen auf die Eisenbahn entfallen soll. Um dies auf Deutschland zu übersetzen, hat Germanwatch für den Personenverkehr die „Perspektive 2050“³ als Bestandteil der anstehenden notwendigen „Großen Transformation“ der Gesellschaft entwickelt, wonach bis zum Jahr 2050 im Landverkehr in Deutschland der Umweltverbund auf 50 Prozent Marktanteil kommt. Hierzu führte Germanwatch Ende Oktober 2012 einen recht hochrangig besuchten Workshop durch, der aufzeigte, wie sich verschiedene Akteure zur Perspektive 2050 stellen.

Die *deutsche Energiewende ist ein Testfall für die Welt*. Mit hohem Interesse beobachten Lobbyisten und Entscheidungsträger in vielen Staaten, ob die deutsche Energiewende gelingt. Als ökonomisch wohlhabendes Land mit einem hohen Anteil von Industriebetrieben an der Wirtschaftsleistung ist Deutschland global ein entscheidendes wirtschaftspolitisches Vorbild. Sollte die deutsche Energiewende international als Erfolgsmodell gesehen werden, könnten dadurch erhebliche Impulse für eine beschleunigte Dekarbonisierung in anderen Ländern gesetzt werden. Dazu kommt: Die internationalen Klimaverhandlungen kommen auch darum nur schleppend voran, weil es an glaubwürdigen Beispielen dafür fehlt, dass Energiesysteme klimafreundlich umgebaut werden können – und zwar ohne dadurch Wettbewerbsfähigkeit, Energie- oder soziale Sicherheit zu gefährden. Wenn die deutsche Energiewende international als erfolversprechend wahrgenommen wird, kann das also auch die Verhandlungen um das neue globale Klimaabkommen deutlich voranbringen.

Germanwatch arbeitet darum seit 2012 auf verschiedenen Ebenen daran mit, die externe Kommunikation der Energiewende zu verbessern. Im Berichtszeitraum hat Germanwatch die Bundesregierung u.a. in Gesprächen mit Diplomaten des Auswärtigen Amtes zu diesem Themenbereich beraten sowie in Kooperation mit der Germanwatch-nahen Stiftung Zukunftsfähigkeit einen Workshop über die deutsche Energiewende während der UNFCCC-Zwischenverhandlungen im Juni 2013 in Bonn mit Chefverhandlern aus 13 Ländern organisiert (siehe Foto).

Darüber hinaus brachte sich Germanwatch bei Veranstaltungen in Polen und Russland sowie in Gesprächen mit Journalisten aus diesen Ländern in die dortige Diskussion zur Energiewende ein.

² www.germanwatch.org/de/download/7473.pdf

³ www.germanwatch.org/de/download/6894.pdf



Workshop zur Energiewende im Auswärtigen Amt, Juni 2013. Foto: Kathrin Kühn

Für das Gelingen der (weltweiten) Energiewende sind die Erneuerbaren Energien neben der Energieeffizienz der Schlüssel. Germanwatch war im letzten Jahr wieder intensiv am Renewables Global Status Report (REN21 GSR) beteiligt. Als Hauptberichterstatter für die Entwicklung der Erneuerbaren Energien (Entwicklung und Politiken) Westeuropa konnten wir wertvolle Inhalte für den wichtigsten Bericht im Bereich Erneuerbare Energien liefern.⁴

Klima- und EU-Krise gemeinsam bekämpfen

Viele EU-Regierungen – zunehmend auch die deutsche – haben sich das Bonmot von Berlusconi gegen ernsthaften Klimaschutz in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise zu eigen gemacht: "Wer eine Lungenentzündung hat, sollte sich nicht um seine Dauerwelle kümmern." Germanwatch arbeitet schon länger daran, diese in mehrfacher Hinsicht kontraproduktive These umzudrehen unter dem Thema: *Ein Impuls für Europa durch Grüne Investitionsströme*. Deutschland und erst recht seine Nachbarn in Europa brauchen weiteren bzw. neuen Schwung. Das kann dadurch gelingen, dass vorhandenes Geld und noch zu kanalisierende Finanzströme in Zukunftsinvestitionen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz gelenkt werden. Während eines hochrangig besetzten Workshops, durchgeführt von Germanwatch, dem Global Climate Forum und dem Bundesumweltministerium bei Prof. Töpfer am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam sowie Teilnehmern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft wurde u.a. besprochen, welche Rolle Investitionen für die Sanierung im Gebäudebereich spielen könnten, wie die Ausbildung von jungen Erwachsenen in den Krisenländern der EU für Berufe im Sinn grüner Innovation vorangebracht werden könnte oder welche Rolle die Kooperation von Kommunen sowie verbindliche Berichtspflichten spielen könnten.

Allianzen schmieden

Germanwatch und auch die Umweltbewegung alleine sind nicht in der Lage, eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik durchzusetzen. Hierfür brauchen wir weitere Partner aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Germanwatch ist daher in verschiedenen Allianzen aktiv und hat sich dafür eingesetzt, neue Partner für Germanwatch-Positionen zu gewinnen. Als Mitglied im SprecherInnen-Rat der Klimaallianz oder im Steuerkreis des Forums Netzintegration der Deutschen Umwelthilfe arbeitet Germanwatch kontinuierlich mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren zu seinen Schwerpunktthemen der Klimapolitik in Deutschland und der EU zusammen. Auf europäischer Ebene ist Germanwatch als Vorstandsmitglied bei der Renewables Grid Initiative oder als Mitglied beim Climate Action Network Europe aktiv.

Ausblick

Nach der Bundestagswahl im September werden wichtige Weichen für die kommenden Monate und sogar Jahre gestellt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der EU-Emissionshandel schnell grundlegend repariert wird und ambitionierte sowie verbindliche Klima- und Energieziele für 2020 und 2030

⁴ www.germanwatch.org/de/6920

verabschiedet werden. Zentral ist, dass die neue Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung festlegt, dass sie als verbindliche 2030-Ziele für die EU unterstützt:

- ein CO₂-Reduktionsziel von 55-50%,
- das Ziel eines Anteils der Erneuerbaren Energien von 45-40% an der gesamten genutzten Energie
- und ein absolutes Ziel der Erhöhung der Energieeffizienz um 35-30% (gegenüber 2005).

Die Umsetzung der Verkehrs- und Energiewende in Deutschland darf nicht stecken bleiben. Deutschland hat aber zugleich ein vitales Interesse daran, die Energiewende zu europäisieren. Daher ist es wichtig, dass sich auch bei den anstehenden Reformen (z.B. Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder ein mögliches neues Strommarktdesign) nicht die durchsetzen, die die Energiewende zurückdrehen wollen. Germanwatch wird weiter daran arbeiten, die Umsetzung der notwendigen Klima- und Energieziele sowie den dafür notwendigen Um- und Ausbau des Stromnetzes so weiterzuentwickeln, dass auch Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit sicher gestellt bleiben. Weitere wichtige Baustelle der Arbeit im Team wird – in enger Zusammenarbeit mit betroffenen Akteuren in verschiedenen Branchen – sein, auf politische Rahmensetzungen zu drängen, die neue, tragfähige Geschäftsmodelle zur Umsetzung der Energiewende ermöglichen. Und die notwendigen Investitionen für den Umbau durch solche Geschäftsmodelle zur Triebfeder für eine sich aufrappelnde EU zu machen.

MitarbeiterInnen:

 <p>Jan Burck Teamleiter</p>	 <p>Katja Rottmann Teamleiterin</p>	 <p>Oldag Caspar Referent für Klimaaußenpolitik</p>
 <p>Alexander Ebert (bis 04/2013) Referent Klimakooperation Wirtschaft und NGOs, Kooperation mit der 2°- Stiftung</p>	 <p>Tobias Pforte-von Randow Referent für Klima und Arbeit</p>	 <p>Manfred Treber Klima- und Verkehrsreferent</p>

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Benedikt Spitzley, David Adam, Laura Krings, Markus Köppler, Mirjalil Kamilov, Nicole Bosquet, Sabrina Schönfeld, Sandra Zimmer, Sebastian Wunderlich

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne Koch, Prof. Dr. Carlo Jaeger

Internationale Klimapolitik

Für die Abwendung eines gefährlichen Klimawandels sowie den Schutz und die Unterstützung der besonders von den Folgen des Klimawandels betroffenen Menschen und Länder arbeitet das Team Internationale Klimapolitik an unterschiedlichen Themen und mit unterschiedlichen Arbeitsweisen. Dabei fokussiert es auf die Initiierung von Allianzen und erfolgversprechende Verhandlungen. Der engen Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Entwicklungsländern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, um sich glaubwürdig für die dortigen Belange einzusetzen.

Germanwatch trägt dazu bei, dass die internationale Gemeinschaft Fortschritte auf dem Weg zu einem ambitionierten globalen Abkommen macht

Germanwatch verfolgt seit langem die internationale Klimapolitik, mit einem besonderen Schwerpunkt auf die UN-Klimaverhandlungen. Durch die Beschlüsse vom Klimagipfel in Durban, Südafrika (2011), strebt dieser Prozess die Verhandlung eines neuen internationalen Abkommens an, das Verpflichtungen für alle Staaten beinhalten soll. Diese Verhandlungen sollen bis 2015 abgeschlossen werden und einen Rahmen für die Zeit nach 2020 entwickeln. Gleichzeitig ist angesichts der Dringlichkeit des Klimawandels unbestritten, dass in einem parallelen Prozess die klimapolitische Ambition der Staatengemeinschaft für die Zeit bis 2020 deutlich erhöht werden muss. Germanwatch arbeitet dazu in verschiedensten Kooperationen, insbesondere im Netzwerk Climate Action Network International (CAN), dem mittlerweile mehr als 800 NGOs weltweit angehören. Im Folgenden stellen wir die Arbeit zu einigen Schwerpunktthemen vor.

Internationale Klimafinanzierung

Klimafinanzierung bezeichnet allgemein die Bereitstellung und Mobilisierung von finanzieller Unterstützung für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern. Nur mit einer ausreichenden und gleichzeitig effektiv genutzten Klimafinanzierung kann es gelingen, die wichtigsten klimapolitischen Ziele zu erfüllen und das notwendige Vertrauen für den Verhandlungsprozess zu einem neuen Klima-Abkommen herzustellen. Da die Industrieländer in Kopenhagen (2009) versprochen haben, ab 2020 100 Milliarden Dollar jährlich an zusätzlichen Geldern für die Finanzierung von Klima- und Regenwaldschutz sowie Anpassung in Entwicklungsländern zu mobilisieren, steht hier auch die Glaubwürdigkeit der Industrienationen auf dem Spiel.

Germanwatch verfolgt und beeinflusst hier unter anderem die deutsche Debatte, z.B. durch einen fortlaufenden Dialog mit der Bundesregierung zur Ausgestaltung des Green Climate Fund und Analysen und Empfehlungen zur erhöhten Transparenz in der Klimafinanzierung. Bezüglich der Langfristfinanzierung setzte sich Germanwatch dafür an, dass Deutschland ein klares Aufwuchsszenario für seinen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung vorlegt.

Im Rahmen des Climate Finance Advisory Service bietet Germanwatch gemeinsam mit seinen Konsortiumspartnern technische Unterstützung für Entscheidungsträger in Entwicklungsländern zu Fragen der Klimafinanzierung.

Anpassung: Stärkung von UNFCCC-Institutionen, des Adaptation Fund und die Rolle der Zivilgesellschaft

Nachdem die UN-Vertragsstaatenkonferenz von Cancun 2010 das Cancun-Anpassungsrahmenwerk beschlossen hat, steht nun weltweit eine Implementierungsphase für Anpassung an den Klimawandel an. Im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) wurden verschiedene Institutionen gegründet, die Anpassung weltweit unterstützen sollen. Germanwatch versucht die Arbeit des Anpassungskomitees kritisch-konstruktiv zu begleiten und hier insbesondere Sichtweisen zivilgesellschaftlicher Akteure in die technische Arbeit einzubringen. Seit Jahren koordiniert Germanwatch die Anpassungsgruppe des weltweiten CAN-Netzwerkes und drängt so auf eine angemessene Behandlung von Anpassung im Kontext des oben bereits kurz erläuterten 2015-Klimaregimes. Im Vorstand der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) setzt sich Germanwatch dafür ein, dass mit internationaler Unterstützung intelligente Absicherungsinstrumente für die besonders vom Klimawandel Betroffenen etabliert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die zivilgesellschaftliche Gestaltung des unter dem Kyoto-Protokoll eingerichteten Anpassungsfonds (AF), der konkrete Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern finanziert. Zu den innovativsten Elementen zählen hier die Priorisierung besonders verletzlicher Zielgruppen und der direkte Zugang für Entwicklungsländer, der den Umweg über multilaterale Akteure vermeidet. Germanwatch hat von Beginn an die Wichtigkeit dieser Alleinstellungsmerkmale des AF erkannt und baut seit 2010 ein internationales NGO-Netzwerk rund um den AF auf.⁵ Dieses besteht mittlerweile aus 70 NGOs und acht finanziell unterstützten Partnern (aus Benin, Jamaika, Honduras, Kambodscha, Kenia, Tansania, Senegal und Südafrika). Das Ziel des Netzwerkes ist es, der Stimme der besonders verletzlichen Gruppen in den Projektregionen Gehör zu verschaffen, so dass ihre Anliegen und Interessen während der ganzen Implementierung der Projekte berücksichtigt werden. Akteure aus dem Netzwerk stehen in regelmäßigem Dialog mit dem Steuerungsgremium des AF, und es ist immer wieder gelungen, Entscheidungen des AF dadurch positiv zu beeinflussen. Derzeit sind die knappen Finanzmittel des AF eine besonders große Herausforderung, und Germanwatch wird sich im Vorfeld von COP19 unter anderem für eine größere Finanzierung für den AF einsetzen.

Ein neues Arbeitsfeld unter der UNFCCC: Klimawandelbedingte Schäden

Während bisher die Klimaverhandlungen alleine auf die Vermeidung von Schäden durch Klimaschutz und Anpassung fokussiert waren, gerät inzwischen auch die Frage, wie mit den dennoch entstehenden Schäden umgegangen werden kann, ins Zentrum der Verhandlungen. Ein Schwerpunkt im vergangenen Jahr war die Arbeit zu diesen klimawandelbedingten Schäden (engl. Loss and Damage). Germanwatch leistete als Konsortialführer einen erheblichen Beitrag zur Initiative "Loss and Damage in Vulnerable Country Initiative".⁶ Es galt, insbesondere Vertreter der kleinen Inselstaaten, der am wenigsten entwickelten Staaten (engl. LDCs) und weiterer Entwicklungsländer inhaltlich und logistisch in den UNFCCC-Verhandlungen zu unterstützen. Germanwatch hat hierbei direkt zu einem Durchbruch bei den Verhandlungen zu "Loss and Damage" beim Klimagipfel in Doha beigetragen. Dieser Themenbereich ist nun ein anerkanntes Arbeitsfeld innerhalb der UNFCCC und kann dabei wegen seiner Spiegelwirkung als direktes Druckmittel für mehr Forderungen zu Klimaschutz und Unterstützung zur Anpassung wirken. Für die Industrieländer und andere Staaten mit hohen Emissionen ist nun klar: Je stärker die Konsequenzen des Klimawandels, desto massiver wird der Druck in Richtung Unterstützung oder Kompensation bei der Schadensbekämpfung. Für die Vertragsstaatenkonferenz in Warschau rückt nun – auch für Germanwatch – die Frage in den Fokus, welche bestehenden und neue Institutionen sich um die Fragen rund um Loss and Damage kümmern sollen.

Gerechtigkeit (Equity)

Kein ambitioniertes Klimaabkommen in 2015 ohne Gerechtigkeit – keine Gerechtigkeit ohne ein ambitioniertes Klimaabkommen in 2015! Unter diesem Motto fordern die internationalen NGOs des Climate Action Network (CAN) die Gerechtigkeitsdebatte zu intensivieren. Es greift allerdings zu kurz, wenn Gerechtigkeit wie bisher überwiegend eindimensional ("Wie sollen die Lasten des Klimaschutzes geteilt werden?") diskutiert wird. Es gilt die beiden anderen Dimensionen von Gerechtigkeit zu ergänzen: "Was heißt es, fair die Risiken des Klimawandels zu teilen?" und: "Wie können die Chancen der notwendigen Transformation zu einer Niedrigemissionsgesellschaft fair geteilt werden?" Die CAN-Equity-Gruppe, deren Arbeit Germanwatch mit koordiniert, schlägt explizit das sogenannte "Equity Reference Framework" vor, das Inhalte, Prozess und Zeitrahmen für die Umsetzung der in der Klimarahmenkonvention definierten Gerechtigkeitsprinzipien unter anderem mittels Indikatoren skizziert. Diese sollen als Basis dafür dienen, die Emissions-Reduktionszusagen und Finanzierungsversprechen der Länder nicht nur auf ihre wissenschaftliche Angemessenheit zu überprüfen, sondern diese auch einem Gerechtigkeitstest zu unterziehen. Ein dementsprechender Beschluss ist ein wichtiges, allerdings sehr ambitioniertes politisches Ziel für COP19 in Warschau.

⁵ www.af-network.org

⁶ www.lossanddamage.net

Die Rolle des "Review 2013-2015" und des Beitrags der Wissenschaft

Die Klimawissenschaft spielte bislang eine wichtige Rolle für Fortschritte bei den UN-Klimaverhandlungen. Ohne den ersten IPCC-Bericht hätte es nicht die Klimarahmenkonvention gegeben. Ohne den zweiten nicht das Kyoto-Protokoll. Ohne den vierten hätte der Anlauf zu einem umfassenden Abkommen in Kopenhagen noch weniger Chancen gehabt. So erhoffen wir uns, dass der ab September 2013 in vier Teilen erscheinende 5. Sachstandsbericht (AR5) des Weltklimarates IPCC durch dessen Ergebnisse zu Klimawissenschaft und ökonomischen Chancen der notwendigen Transformation wieder mehr Dringlichkeit und damit eine neue Dynamik in die Klimaverhandlungen injiziert. Germanwatch ist bei der Entstehung und Kommentierung des AR5 wie auch bei der Netzwerkarbeit bei CAN besonders aktiv vertreten.

Der "First Periodical Review", der im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen von 2013 bis 2015 durchgeführt wird, hat als eine seiner Hauptaufgaben, die Ergebnisse von AR5 aufzunehmen, zu analysieren und daraus Vorschläge für Entscheidungen zu formulieren, insbesondere zur Frage, ob die Erwärmungsgrenze ‚nicht mehr als zwei Grad Erwärmung gegen vorindustriell‘ nicht auf ‚höchstens 1,5 Grad‘ verschärft werden soll. Dies wird insbesondere von den Staaten vorangetrieben, die auch schon bei einem Temperaturanstieg von 2° C – etwa wegen des zu erwartenden Meeresspiegelanstiegs – um ihre Existenz fürchten. Germanwatch hat die Verhandlungen um die Entstehung des "Review" von Beginn an verfolgt und koordiniert die entsprechende Arbeitsgruppe von CAN dazu.

Internationale Verkehrswende

Germanwatch setzt sich auch für eine internationale Verkehrswende ein. CAN-International diskutiert seit Juni 2013 die Forderung des weltweiten Ausstiegs aus fossilen Energieträgern (bis zum Jahr 2070 oder sogar bis 2050). Unter diesem Aspekt kommt das neue Hintergrundpapier ‚Emissionsminderung durch Hochgeschwindigkeitszüge‘⁷ von Germanwatch zum Ergebnis, dass vieles dafür spricht, dass Staaten, die das 2-Grad-Limit wirklich ernst nehmen, die sich als ‚entwickelt‘ betrachten und zugleich über mehrere entfernt liegende große Ballungszentren verfügen, Hochgeschwindigkeitsstrecken bauen, um nicht durch Kurz- und Mittelstreckenflüge in eine zu klimaschädliche Pfadabhängigkeit zu geraten.

Germanwatch trägt zur Etablierung tragfähiger Kooperationsprozesse zwischen Akteuren in D/EU und Schlüsselregionen bei, die progressives Handeln/Verhandeln befördern sollen

Die Etablierung tragfähiger Kooperationsprozesse und Allianzen ist aus Sicht von Germanwatch zentral, um progressives Handeln in den Staaten und Verhandeln in der internationalen Klimapolitik zu befördern. Auf Staatenebene sind hier der Aufbau von Kooperationen mit den besonders Betroffenen, den besonders Fortschrittlichen und den besonders Relevanten zentral. Die Schwerpunkte der Germanwatch-Arbeit hierzu stellen wir im Folgenden näher vor.

China: Strategische Kooperation auf kommunaler Ebene

Ein wichtiger regionaler Schwerpunkt im Team Internationale Klimapolitik ist die Volksrepublik China. Die Pro-Kopf-Emissionen dort reichen mittlerweile an europäische Dimensionen heran, trotz vielfältiger klimapolitischer Initiativen. Gleichzeitig gibt es große Potenziale für konkreten Klimaschutz. Das Ziel eines diesbezüglich von Germanwatch und Partnern entwickelten Vorhabens ist es, in zwei strategisch ausgewählten Städten kohlenstoffarme und nachhaltige Stadtentwicklung zu unterstützen und damit ein Beispiel für erfolgreiche Klimakooperation zwischen Deutschland, EU und China zu schaffen. Beide Länder haben sich – mit der Energiewende in Deutschland und den "Low Carbon Development"-Zonen – eine ambitionierte Agenda gesetzt. Zum einen begleiten wir die klimapolitische Weiterentwicklung der Städte-Partnerschaft zwischen Bonn und Chengdu. Aktuelle Herausforderungen der Energiewende in Deutschland als auch die Umsetzung der Low-Carbon-Pilotprogramme in China stehen hierbei im Fokus. In einem zweiten Dialogprogramm werden in Wuhan, Provinz Hubei, Anreizsysteme und Politikinstrumente einschließlich der regionalen Emissionshandelssysteme, Koh-

⁷ www.germanwatch.org/de/7155

lenstoffmarkt und Fragen der Klimafinanzierung diskutiert. Die im Dialog entwickelten Handlungsoptionen, Ansätze und politischen Rahmensetzungen werden systematisch für einen gemeinsamen Lernprozess zwischen den betrachteten Projektregionen und darüber hinaus aufbereitet und zur Verfügung gestellt.⁸



Die Website www.low-carbon-partnerships.org informiert in chinesischer, englischer und deutscher Sprache über den von Germanwatch gemeinsam mit E3G durchgeführten Klimadialog zwischen Kommunen in China und Deutschland/EU. Gestaltung: Germanwatch & sinnwerkstatt Berlin.

China und Indien: Zivilgesellschaftlicher Dialog

Die Förderung des kooperativen Austauschs zwischen zivilgesellschaftlichen Akteure aus der EU und anderen klimapolitischen Schlüsselländern ist aus Sicht von Germanwatch ein wichtiger strategischer Ansatzpunkt. Im vergangenen Jahr lag der Schwerpunkt auf Dialogen mit chinesischen, indischen und europäischen NGO-Vertretern. Zentrale Fragestellungen waren dabei unter anderem die Möglichkeiten und Potentiale einer China-Indien-EU-Kooperation zu Klima- und Energiepolitik, unter Einbezug von Lebensstil-Aspekten besonders der wachsenden Mittelschichten der Schwellenländer im Vergleich zu der EU und sich daraus ergebender Lernpotenziale. Dabei haben diese Dialoge gezeigt, dass auch nach langjährigem Austausch zwischen den NGO-Partnern das gegenseitige Verständnis der jeweiligen nationalen Realitäten ein erster Schritt zur Kooperation ist. Nichtsdestotrotz konnten viele Bereiche identifiziert werden, in denen sich Kooperationen der drei Länder bzw. Regionen anbieten. Dazu gehören die Notwendigkeit der sozialen Veränderung hin zu klimafreundlichen Lebensstilen; dafür notwendige sozio-ökonomische Analysen; Einflussnahme auf Rahmensetzungen mit Schlüsselwirkung und Instrumente für die Transformation in den jeweiligen Ländern sowie deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Zusätzlich zu diesem Austausch zwischen den drei Ländern bzw. Regionen arbeitet Germanwatch mit indischen NGO-Kollegen an der Erstellung eines gemeinsamen Positionspapiers zur Emissionsreduktion und der Generierung von Klimafinanzierungsmitteln im internationalen Flugverkehr, was den im Rahmen der internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO laufenden Prozess bereichern soll.

Schritte in Richtung eines nachhaltigen und gerechten DESERTEC-Konzepts

Die Ausgestaltung der Vision, verschiedene Formen vernetzter erneuerbarer Energieerzeugung insbesondere in den Wüstenregionen der Erde und entlang der weltweiten Küstenlinien voranzubringen, nimmt Fahrt auf. So haben die erneuerbaren Energien in der südlichen Mittelmeerregion und dem Nahen Osten in jüngster Zeit einen großen Schub erfahren (z.B. in Marokko, Algerien oder Saudi-Arabien). Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass die Zivilgesellschaft im südmediterranen Raum bei der Umsetzung großskaliger erneuerbarer Energienprojekte noch wenig beteiligt wird und ihr entsprechend skeptisch gegenüber steht, z.B. hinsichtlich einer transparenten Informationspolitik, der fairen

⁸ www.low-carbon-partnerships.org

Kosten- und Nutzenverteilung sowie der bürgerschaftlichen Einflussnahme im Rahmen von solchen Projekten.

Vor diesem Hintergrund setzt sich Germanwatch bei der Ausgestaltung und Diskussion der „nordafrikanischen Energiewende“ für eine aktive Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure auf beiden Seiten der Mittelmeerregion ein und unterstützt die zielgerichtete Vertiefung des Dialogs mit Vertretern der arabischen Zivilgesellschaft, um eine gemeinsame Lobby in Deutschland und Nordafrika für die nachhaltige und gerechte Umsetzung von Solarkonzepten wie dem DESERTEC-Konzept zu bilden. Ein wichtiger Baustein bildet dabei die empirische Untersuchung zweier solarthermischer Kraftwerke in Marokko und Ägypten, deren Ergebnisse einen ersten Grundstein eines übergeordneten Nachhaltigkeitsrahmenwerks für DESERTEC legen sowie Handlungsempfehlungen hinsichtlich des gerechten Umgangs mit Fragen des Eigentums und der Beteiligung liefern sollen.

MitarbeiterInnen:

	Sven Harmeling Teamleiter		David Eckstein (seit 08/2013) Referent für Klimafinanzierung und Investitionen		Alpha Kaloga Referent für Klimaanpassung und Entwicklung
	Mohammad Hafijul Islam Khan (bis 03/2013) Referent für Schäden des Klimawandels		Sönke Kreft Referent für Klima, Entwicklung und Versicherung		Dirk Rommeney Referent für Deutsch-Chinesische Energie- und Klimakooperation
	Boris Schinke Referent für Klima und Sicherheit		Rixa Schwarz Referentin für Klima und Sicherheit		Zhang Chu Project Manager China - Low Carbon Partnerships
	Lisa Junghans Referentin für Klimafolgen und Anpassung				

Mit Unterstützung von Linde Grießhaber, Dr. Manfred Treber, Dr. Winfried Zacher und Dr. Gerold Kier

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Anika Mahla, Claudia Kaiser, Daisy Dong, David Eckstein, Laura Schäfer, Lena Jungbluth, Linos Xanthopoulos, Nicolas Heinrich

Verantwortlich seitens des Vorstands: Lutz Morgenstern, Hendrik Vygen

Unternehmensverantwortung

UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland umsetzen

Das Team Unternehmensverantwortung setzt sich dafür ein, dass Unternehmen Verantwortung für die Umsetzung der Menschenrechte und den Erhalt der Lebensgrundlagen übernehmen sowie dafür, dass die Staaten gemäß ihrer Schutzverpflichtung gegenüber den Menschenrechten die entsprechenden Rahmensetzungen schaffen. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aus dem Jahr 2011 sind derzeit der wichtigste internationale Referenzrahmen für das Thema Unternehmensverantwortung. Aber wie auch in deren Vorwort steht, markieren sie nur „das Ende vom Anfang“. Die nächsten wichtigen Schritte sind, diese Leitprinzipien nun umzusetzen und weiterzuentwickeln. Dafür hat die EU-Kommission Ende 2011 alle Mitgliedsstaaten aufgefordert, Nationale Aktionspläne zu erarbeiten.

Während andere Länder bereits intensiv an einem Aktionsplan arbeiten, hat Deutschland noch nicht einmal die Zuständigkeit innerhalb der Bundesregierung klären können. Dies haben wir vor der Sommerpause 2013 gemeinsam mit Transparency International Deutschland und dem vzbv (Verbraucherzentrale Bundesverband) kritisiert. Mit beiden Organisationen arbeitet Germanwatch im CSR-Forum der Bundesregierung eng zusammen.

Bereits vor einem Jahr haben wir uns konstruktiv eingebracht und im August 2012 gemeinsam mit Misereor Vorschläge für den Erarbeitungsprozess eines nationalen Aktionsplanes entwickelt. Diese haben wir relevanten Ministerien zukommen lassen und ebenso im nationalen CSR-Forum eingebracht. Als deutlich wurde, dass dieser Prozess auf Ministeriumsebene verschleppt wird, haben wir uns an Abgeordnete des Deutschen Bundestages gewandt, die das Thema mit mehreren Anfragen aufgegriffen haben. Hier zeigte sich leider immer wieder, dass sich kein Ministerium für zuständig hält und der Prozess damit stockt. Auch ein Schreiben an die Bundeskanzlerin konnte dies nicht verändern.

Um in diesem stockenden Prozess inhaltliche Impulse zu setzen, haben wir im September 2012 im Rahmen des CorA-Netzwerkes eine Veranstaltung zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien konzipiert, vorbereitet und inhaltlichen Input geleistet. Im Anschluss haben wir eine Arbeitsgruppe deutscher NGOs aus dem CorA-Netzwerk und dem Forum Menschenrechte initiiert, um ein Positionspapier mit inhaltlichen Vorschlägen für einen deutschen Aktionsplan zu erarbeiten. Da wir insbesondere auf politischer Ebene einen großen Handlungsbedarf sehen, haben wir uns in unseren Vorschlägen auf die politischen Maßnahmen und insbesondere die Säule I (Staaten müssen vor Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen schützen) und Säule III (Betroffene von unternehmerischem Fehlverhalten müssen Zugang zu Beschwerdemechanismen und Entschädigung erhalten) konzentriert. Im April haben das CorA-Netzwerk und das Forum Menschenrechte das Positionspapier im Rahmen einer politischen Podiumsdiskussion vorgestellt.⁹

Auf Basis des Positionspapiers haben dann Mitglieder der Arbeitsgruppe Fachgespräche im Bundestag mit den Abgeordneten mehrerer Fraktionen geführt. Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben das Positionspapier mit der Bitte um Stellungnahme erhalten. Ebenso haben wir die aus unserer Sicht relevanten Ministerien adressiert und bemühen uns auch dort um Gespräche. Unsere Forderungen haben wir darüber hinaus im CSR-Forum der Bundesregierung und im Global Compact Netzwerk eingebracht und dortige Positionierungen beeinflusst. Weiterhin hat Germanwatch gemeinsam mit Misereor und Amnesty International das Global Media Forum der Deutschen Welle genutzt, um in einem Workshop auf die aktuellen Prozesse und unsere Anliegen und Forderungen zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte aufmerksam zu machen.

Unternehmen zur Offenlegung von sozialen und ökologischen Informationen verpflichtet

Im April 2013 hat die EU-Kommission ihren lange erwarteten Richtlinienvorschlag zur Offenlegung von nichtfinanziellen Informationen durch Unternehmen veröffentlicht. Germanwatch sieht in dieser Richtlinie ein großes Potenzial, Unternehmen zu mehr Transparenz über ihre sozialen und ökologi-

⁹ <http://germanwatch.org/en/download/7740.pdf>

schen (also "nichtfinanziellen") Auswirkungen zu bewegen, also zum Beispiel über die Arbeitsbedingungen in ihrer Lieferkette im Ausland. Deshalb begrüßen wir diesen Prozess und haben uns im Berichtszeitraum darauf konzentriert, diesen Richtlinienvorschlag konstruktiv zu beeinflussen.

Die gemeinwohlorientierte Lobbyarbeit auf deutscher wie auch auf europäischer Ebene erfolgte dabei zusammen mit dem CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, in dem Germanwatch die AG Offenlegung leitet, sowie dem europäischen Dachverband ECCJ, in dem Germanwatch das CorA-Netzwerk im Lenkungskreis vertritt.

Bereits während des mehrjährigen Erarbeitungsprozesses des Richtlinienentwurfes wurde bekannt, dass die deutschen Regierungsparteien die Einführung von verbindlichen Offenlegungspflichten zu nichtfinanziellen Informationen verhindern wollen. Unterstützt und angetrieben wird sie dabei durch die Unternehmensverbände BDA und BDI.

Vor dem Hintergrund dieser massiven Ablehnung gelang es Germanwatch dennoch, starke Allianzen aufzubauen sowie das Thema in zentralen Debatten zu Unternehmensverantwortung zu platzieren.

Die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen brachten im Jahr 2012 Anträge zur Einführung von Offenlegungspflichten ein, zu denen sie vorab Experteninput von Germanwatch abfragten. Die guten Kontakte konnten wir zudem nutzen, um Parteikollegen im Europäischen Parlament sowie den skeptisch eingestellten Industriekommissar Antonio Tajani zu erreichen.

Darüber hinaus haben wir unsere Mitgliedschaft im CSR-Forum der Bundesregierung und im Global Compact Netzwerk genutzt, um auf die Debatte zu Offenlegungspflichten einzuwirken. So hat Germanwatch die Abstimmung der NGOs und Gewerkschaften im CSR-Forum u.a. zum Thema Offenlegungspflichten koordiniert. Ebenso haben wir einen Brief von CorA und der Supermarktinitiative, einem Bündnis für soziale und ökologische Standards in der Lieferkette von Supermärkten, an die Bundeskanzlerin vorangetrieben.

Germanwatch hat maßgeblich den Entwurf des Positionspapiers von CorA zum Richtlinienentwurf erarbeitet, das im Mai 2013 veröffentlicht wurde.¹⁰ Dies basiert wesentlich auf den gemeinsamen Positionen des europäischen ECCJ-Netzwerkes, die wir im Vorfeld mit entwickelt und dann für die deutsche Debatte aufbereitet haben.

Nach der Veröffentlichung des Richtlinienvorschlags durch die Kommission hat sich der Austausch mit ECCJ noch einmal intensiviert. Die an CorA gerichtete Stakeholderbefragung des BMJ zur Stellungnahme zu dem Vorschlag der Kommission hat Germanwatch federführend bearbeitet.

Da die deutschen Wirtschaftsverbände den Richtlinienvorschlag massiv ablehnen, führte Germanwatch auch gezielte Gespräche mit Unternehmen sowie Unternehmensverbänden wie dem BDI und dem Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft "Econsense", um die Diskussion weiterzuentwickeln und Spielräume zu identifizieren.

IT-Branche nachhaltiger und fairer gestalten

Im Berichtszeitraum hat sich Germanwatch in Weiterführung des makeITfair-Projektes weiterhin mit der IT-Branche beschäftigt und die sozialen und ökologischen Herausforderungen beim Abbau von Rohstoffen, bei der Produktion in den Zulieferketten und im Umgang mit Elektroschrott adressiert. In den letzten Jahren hat Germanwatch zunehmend Expertise zu diesem Thema etablieren können und wird sowohl von Journalisten aus Presse, Funk und Fernsehen angefragt als auch regelmäßig zu Veranstaltungen eingeladen oder von Unternehmen oder Politik zu Kommentierungen und Diskussionen kontaktiert.

Gleichzeitig bietet uns die konkrete Arbeit an den Problemen einer Unternehmensbranche auch stärkeren Einblick in die Herausforderungen, die sich mit dem Themenfeld Unternehmensverantwortung, Wirtschaft und Menschenrechte, oder mit Offenlegungspflichten verbinden. Und sie ermöglicht es uns, unsere politischen Forderungen mit konkreten Beispielen zu untermauern.

Im Berichtszeitraum haben wir den Markenriesen Apple weiter kritisch im Blick behalten, gleichzeitig aber auch alternative Lösungsansätze begleitet und kritisch kommentiert. So sind wir mit Susanne

¹⁰ <http://germanwatch.org/de/download/7721.pdf>

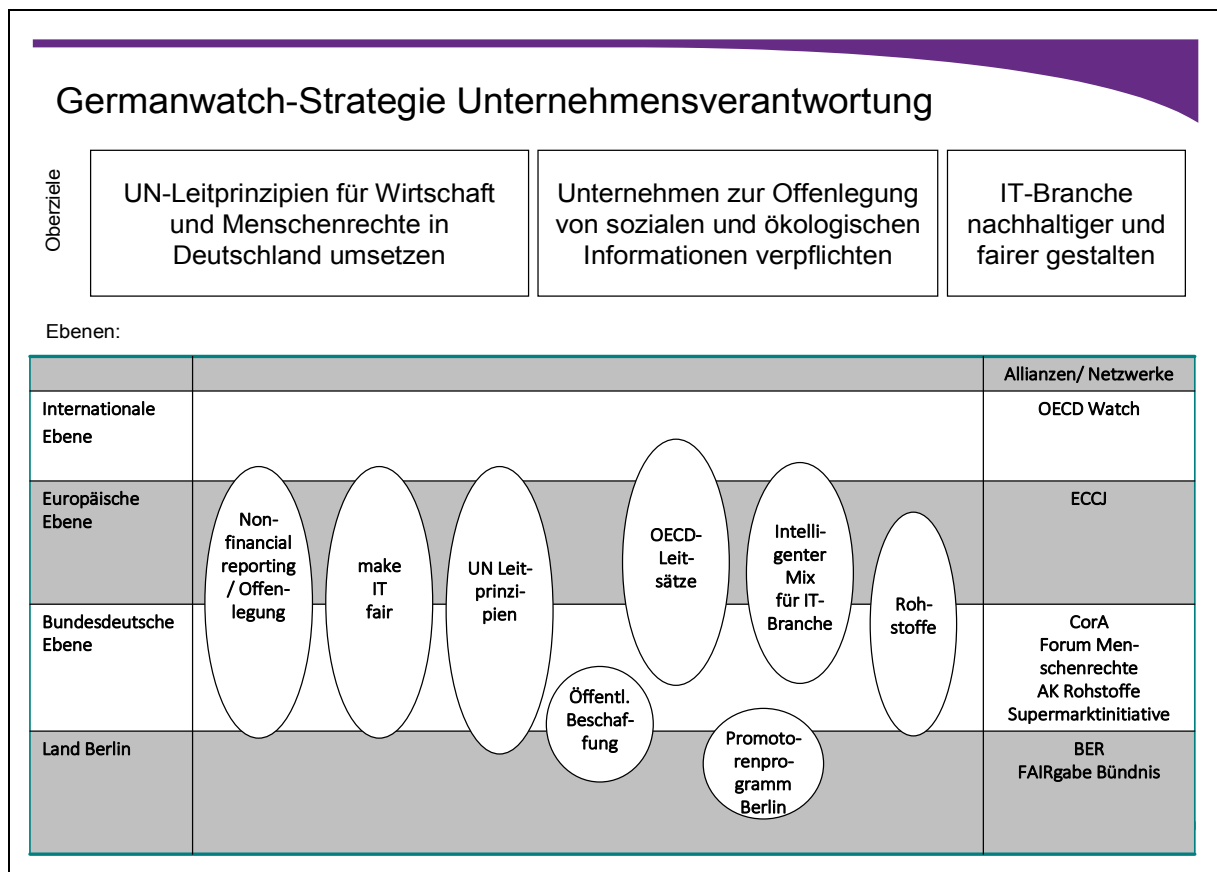
Jordan, der Initiatorin von Nager IT, der faireren Maus, im kontinuierlichen Austausch. Zum Fairphone werden wir nicht nur häufig befragt, sondern sind mit den Niederländern, die dieses faire Smartphone nun herstellen, auch im Austausch. Allerdings ist die Lieferkette von IT-Geräten sehr komplex und auch diese Ansätze sind zwar fairer als herkömmliche Produkte, aber leider immer noch weit davon entfernt, im umfassenden Sinne fair zu sein. Diese Initiativen können dennoch zeigen, dass es auch anders geht und möglicherweise auch Wege aufzeigen, die dann mit einer politischen Rahmensetzung zukünftig für alle Unternehmen etabliert werden müssen.

Ausblick

Im Herbst wird Germanwatch gemeinsam mit Misereor einen Bericht zum Themenfeld *Wirtschaft und Menschenrechte* veröffentlichen. Dieser regelmäßig geplante Bericht untersucht vor dem Hintergrund der UN-Leitprinzipien, wie die deutsche Bundesregierung ihre staatliche Schutzpflicht wahrnimmt, was die deutschen Unternehmen tun und inwiefern Betroffene Zugang zu Rechtsmitteln bekommen können. Da wir insbesondere auf politischer Ebene großen Handlungsbedarf sehen, wollen wir mit diesem Bericht sowohl die neue Bundesregierung adressieren als auch Unternehmen für dieses Anliegen sensibilisieren und letztlich konstruktiven Druck auf sie ausüben, ihre Verantwortung in diesem Bereich (stärker) wahrzunehmen.

In diesem Zusammenhang werden wir uns dafür einsetzen, dass die neue Bundesregierung schnellstmöglich den überfälligen Prozess für einen nationalen Aktionsplan zu Wirtschaft und Menschenrechten startet. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die neue Bundesregierung eine progressivere Rolle zum Thema Offenlegungspflichten einnimmt und den EU-Richtlinienprozess endlich konstruktiv begleitet. Im Bereich IT-Industrie werden wir Ideen entwickeln und Initiativen vorantreiben, wie ein intelligenter Mix aus freiwilligen Ansätzen und verbindlichen Rahmensetzungen in der IT-Branche aussehen und umgesetzt werden kann.

Zudem sind wir nunmehr an unserem Berliner Standort nicht nur auf bundespolitischer, sondern auch auf lokaler Ebene aktiv: Die im Frühjahr 2013 neu eingerichtete Fachpromotorenstelle für zukunftsfähiges Wirtschaften ist beim Berliner Team von Germanwatch angesiedelt.



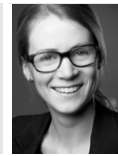
Mitarbeiterinnen:



Cornelia Heydenreich
Teamleiterin



Johanna Kusch
Referentin für Unternehmensverantwortung



Julia Otten (ab 04/2013)
Berliner Promotorin für zukunftsfähiges Wirtschaften

Praktikantin: Anna Kempkes

Ehrenamtliche Mitarbeit: Sarah Vollenweider

Verantwortlich seitens des Vorstands: Klaus Milke, Michael Windfuhr

Welternährung, Landnutzung und Handel

Die europäische Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Zentrales Ziel des Teams Welternährung, Landnutzung und Handel ist es, die Landwirtschafts- und Handelspolitik Deutschlands und der EU so zu beeinflussen, dass sie das *Recht auf Nahrung weltweit* wirkungsvoll unterstützt und nicht untergräbt. Die für die Welternährung notwendigen Ressourcen Wasser, Böden und biologische Vielfalt müssen dabei so genutzt werden, dass sie auch das Überleben künftiger Generationen sichern können. Die Herausforderung, wie die Landwirtschaft sich an den Klimawandel anpassen und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, beschäftigt uns dabei zunehmend. Zugleich spielen die Landnutzungskonkurrenzen zwischen Wald, Ernährung und Energie eine zunehmende Rolle im Team: Wie können im Rahmen der Forstwirtschaft und Landwirtschaft die Treiber der Entwaldung angegangen werden, ohne die Ernährungssicherheit zu gefährden?

Germanwatch kooperiert bei diesen Aufgaben mit sozialen Bewegungen und Initiativen in Deutschland und weltweit, um entsprechende Impulse in die deutsche und EU-Debatte zu bringen.

Das wichtigste Themenfeld der Arbeit des Teams im letzten Jahr war die nun beschlossene Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP). Hier haben wir vor allem entwicklungspolitische Aspekte in die Positionen und die Lobbyarbeit der Koalitionen und Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen¹¹ eingebracht, die eine grundlegende Veränderung der GAP anstreben. Diesem Ziel sind wir einen kleinen Schritt näher gekommen. Künftig wird ein größerer Teil der Milliardenzahlungen aus dem EU-Haushalt an ökologische Kriterien geknüpft. Außerdem haben die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, kleinere Betriebe stärker zu fördern. Zudem wurde beschlossen, die besonders schädlichen Exportsubventionen ganz auszusetzen und sie nur in „Krisensituationen“ auf dem EU-Markt wieder einzuführen.

Dass die Bundesregierung sich anders als noch vor wenigen Jahren öffentlich für diesen Schritt ausgesprochen hat, ist wohl auch eine Folge unserer langjährigen Lobbyarbeit gegenüber Ministerien und Bundestag zu diesem Thema. Leider ist die Haltung der Bundesregierung zu anderen Aspekten weniger konstruktiv, gerade bei den ökologischen Kriterien hat sie eine wichtige Rolle gespielt, die relativ konstruktiven Ansätze der Kommission zu verwässern.

Ernährungssicherheit und Klimaschutz als zentrale Problemfelder hervorheben

Die Landwirtschaft in Europa und weltweit steht in den kommenden Jahren vor weiter wachsenden Herausforderungen. Die Zahl der Hungernden verharrt vor allem in Afrika und Südasien auf einer skandalösen Höhe. Um dies zu ändern, ist es notwendig Einkommen und Produktivität der Bauern dort auf nachhaltige Weise zu steigern. Dies wird durch die schon spürbaren Effekte des Klimawandels erschwert, was auch die neueste Germanwatch-Trendanalyse zur Welternährung herausarbeitet. Germanwatch sieht die Sicherung des Rechts auf Nahrung insbesondere für die ärmsten Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern, auch angesichts der Folgen des Klimawandels, als prioritär an. Zugleich ist die Landwirtschaft eine wichtige Ursache des Klimawandels. Direkt und indirekt trägt der landwirtschaftliche Sektor 40% zu den weltweiten Treibhausgas-Emissionen bei, v.a. durch Brandrodung, Tierproduktion (Methan) und durch aus Ackerböden freigesetztes CO₂ und Lachgas.

In einer Reihe von Studien (u.a. Schweine im Weltmarkt¹²) haben wir den Beitrag der europäischen und deutschen Landwirtschaft zum Klimawandel analysiert. Dabei wurde deutlich, dass die intensive und zunehmend exportorientierte Tierhaltung mit weitem Abstand die meisten landwirtschaftlichen Emissionen verursacht. Ein entscheidender Faktor ist dabei, dass in großem Umfang Soja als Futtermittel importiert wird, das ein wichtiger Treiber der Entwaldung in den Anbauländern ist.

Wir haben diese Zusammenhänge in einer Reihe von Lobbygesprächen verdeutlicht, unter anderem auf einer Fachtagung zu Klima und Handel im Oktober 2012 in Berlin, an der die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD und Grünen teilnahmen.

¹¹ Verbändeplattform zur GAP-Reform, Kampagne „Meine Landwirtschaft“, Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung des Forum Umwelt und Entwicklung

¹² <http://germanwatch.org/de/6351>

Landwirtschaft im Kontext von Ernährungssicherung, Klimaanpassung und Treibhausgasminderung

Zwar gibt es gute Möglichkeiten für Synergien zwischen dem Recht auf Nahrung und dem Klimaschutz, aber es gibt auch die Gefahren von Widersprüchen. Germanwatch verfolgt daher das Landwirtschaftsthema zunehmend auch unter der UNFCCC (hier hat das Team Internationale Klimapolitik die Federführung). Bei den Zwischenverhandlungen im Juni 2013 gab es einen ersten Durchbruch. Der Beschluss unterstreicht die Vielfältigkeit der Landwirtschaft im Klimakontext, stellt die Anpassung ins Zentrum, weist aber auch auf den Klimaschutz als möglichen "Nebeneffekt" einer solchen Anpassungsstrategie hin. In Kooperation mit Partnern aus u.a. Honduras, Kenia und Bangladesch konnte Germanwatch wichtige Erkenntnisse über Synergieeffekte zwischen Anpassung und Emissionsminderung analysieren und an die Partner gemeinsam mit Vorschlägen für entsprechende Finanzierungskonzepte weitergeben.

Grundlegende Reformen in der Tierhaltung anstoßen

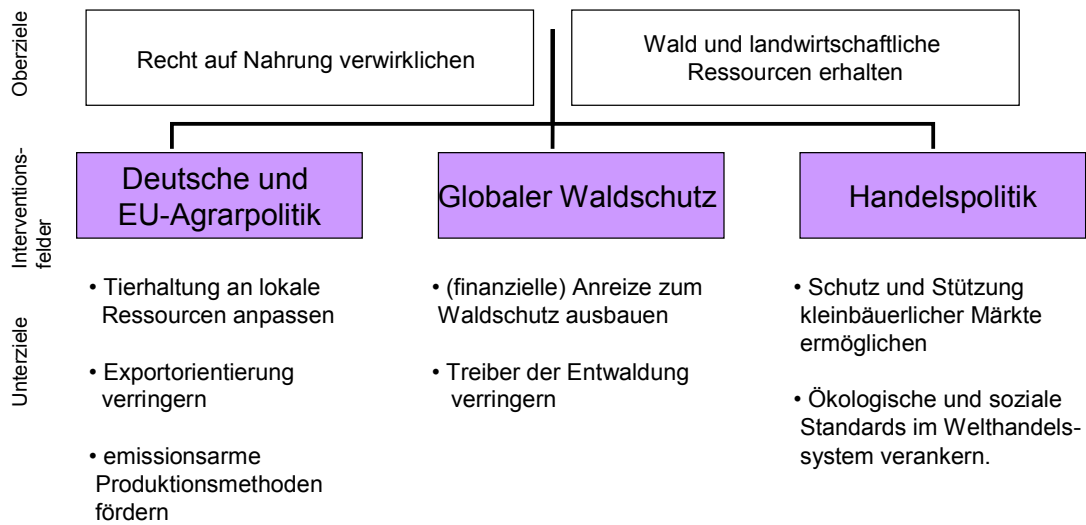
Trotz der zentralen Rolle der Tierhaltung für Treibhausgasemissionen und andere Umweltprobleme in der Landwirtschaft werden diese in der reformierten GAP nicht angegangen. Im Gegenteil steht mit dem Ende der produktionsbeschränkenden Milchquote 2015 ein weiterer Schritt Richtung intensiverer und weiter gesteigerter "Tierproduktion" an. Gemeinsam mit unserem langjährigen Projektpartner, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, haben wir daher konkrete Forderungen entwickelt, mit denen die GAP so umgesetzt werden könnte, dass die Klima- und Umweltprobleme aus der Tierhaltung reduziert werden. Ein zentraler Baustein ist, dass die EU ihre Exportmengen von Fleisch und Milch reduziert und sich damit auf nachhaltige regionale Versorgung konzentriert, statt die Konkurrenz zu Bauern in Entwicklungsländern weiter zu verschärfen.

Ausblick

Für diese Ziele werden wir vor und nach der Bundestagswahl werben und dabei auch die Bundesländer einbeziehen, die für die Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen der GAP zuständig sind. Dabei wird mittelfristig der Milchsektor eine wichtige Rolle spielen. Gemeinsam mit unseren Projektpartnern arbeiten wir parallel an einer längerfristigen Perspektive für die international verantwortliche Gestaltung der europäischen Landwirtschaft und der internationalen Agrarhandelsregeln.

Ergänzend bemühen wir uns um Finanzierung für Projekte, mit denen die Ursachen der Entwaldung auch mit klima- und handelspolitischen Instrumenten angegangen werden. So haben wir in diesem Jahr gemeinsam mit einigen Kooperationspartnern Vorschläge für das BMU erarbeitet, wie die forst- und landwirtschaftlichen Treiber der Entwaldung wirkungsvoll jenseits des für diese Bereiche sehr problematischen Instruments des Emissionshandels angepackt werden können.

Germanwatch-Strategie Ernährungs-, Landnutzungs- und Handelspolitik



MitarbeiterInnen:



Tobias Reichert
Teamleiter

Kristin Gerber
Referentin für Wald- und Klimaschutz (REDDplus)



Marco Klemmt
(bis 04/2013)
Referent für Welternährung und Handel

PraktikantInnen und Master-StudentInnen im Berichtszeitraum: Carina Zell, Verena Fehlenberg, Alexander Eden

Verantwortlich seitens des Vorstands: Tilman Santarius, Dr. Klemens van de Sand, Michael Windfuhr

Finanzierung für Klima und Entwicklung/Ernährung

Die Politik hat zwei grundlegende Möglichkeiten demokratisch beschlossene Ziele umzusetzen: Gesetze und Geld. Doch die internationalen Geldzusagen für Entwicklung und Klimaschutz addieren sich zu einer Liste der gebrochenen Versprechen, was viel über politische Prioritäten aussagt. Vor diesem Hintergrund setzt sich Germanwatch dafür ein, dass Deutschland die notwendigen – zumindest die versprochenen – Mittel zur Bekämpfung der Armut, für ländliche Entwicklung sowie den Schutz des Klimas und des Regenwaldes und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels bereitstellt.

Die deutsche Entwicklungsfinanzierung beobachten

Die Akzentverschiebung in der deutschen Entwicklungspolitik der letzten Jahre von der „Armutsbekämpfung als überwältigendem Ziel“ zur Außenwirtschaftsförderung hat das Problem weiter verschärft. Das zeigt u. a. auch unsere im Juni 2013 veröffentlichte 4. Studie zur deutschen Öffentlichen Entwicklungsunterstützung (ODA): „Es gilt das gebrochene Wort“. Die seit 1970 immer wieder (zuletzt im Koalitionsabkommen von 2009) versprochene Erreichung des 0,7%-Ziels ist in weite Ferne gerückt. Zudem widerspricht die Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen durch Entwicklungsgelder den gültigen Richtlinien für eine Anrechnung als ODA.

Entwicklungsminister Dirk Niebel hat inzwischen – noch vor der Bundestagswahl – offen angekündigt, das 0,7%-Ziel müsse hinterfragt werden. Er benutzt dabei das Scheinargument, Qualität sei wichtiger als Quantität – als bräuchte Entwicklungspolitik nicht beides. Germanwatch setzt sich seit seiner Gründung für eine qualitativ hochwertige Umsetzung des 0,7%-Ziels ein. Es ist ein Skandal, wenn gerade der Entwicklungsminister, welcher der wichtigste Fürsprecher für ein solches Ziel sein sollte, dieses nun in Frage stellt.

Erträge aus der Finanztransaktionssteuer für Entwicklung und Umwelt einsetzen

Durch die Finanzkrise, zu deren Bewältigung nicht die Verursacher – etwa Banken oder Steuerhinterzieher – sondern Generationen von Steuerzahlern durch überschuldete Staaten zur Verantwortung gezogen werden, ist der Kampf um öffentliche Mittel noch schwieriger geworden.

Das Engagement der NGOs (darunter intensiv auch Germanwatch) um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer hat sich gelohnt, aber der Kampf um die Verteilung (u. a. je ein Drittel für Entwicklung und für Umwelt) geht mit unsicherem Ausgang weiter.

Germanwatch macht sich dafür stark, dass innovative Quellen für internationale Klimafinanzierung verwendet werden

Vor diesem Hintergrund hat sich Germanwatch in den letzten zwei Jahren massiv dafür eingesetzt, dass neue *innovative Finanzquellen* für Entwicklung und Klimaschutz erschlossen werden. Dabei sollte soweit wie möglich das *Verursacherprinzip* zur Geltung kommen. Das heißt einerseits, dass – etwa über die Finanztransaktionssteuer – Finanzmarktakteure verstärkt zur Finanzierung herangezogen oder dass Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Zum anderen bedeutet es, dass etwa die Versteigerungserlöse des – derzeit am Boden liegenden – Emissionshandels oder der internationale Flugverkehr Finanzierungsaufgaben für den Klimaschutz übernehmen.

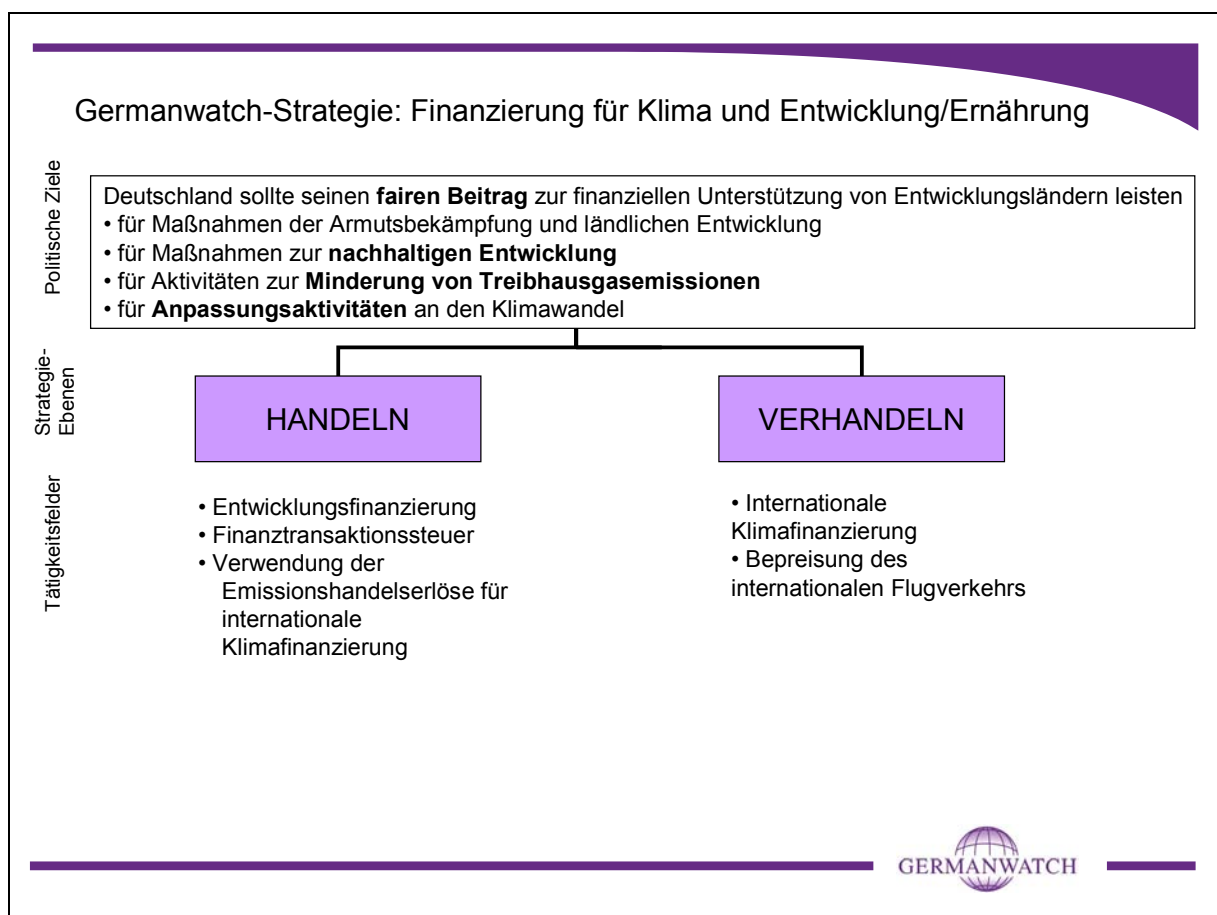
Bepreisung des internationalen Flugverkehrs voranbringen und Erlöse für internationale Klimafinanzierung nutzen

Germanwatch verfolgt bei den UN-Klimaverhandlungen von Beginn an das Thema internationaler Flugverkehr – und seit einiger Zeit auch in Verbindung mit Klimafinanzierung. Unter dem Bali-Aktionsplan (BAP, 2007) wurde dieses Thema nach Jahren des Stillstandes fünf Jahre lang verhandelt. Doch auf dem Klimagipfel in Doha (Dezember 2012), als die Verhandlungen um den BAP beendet wurden, fand sich in den Ergebnissen kein Satz mehr zum internationalen Flugverkehr. Da im Herbst 2013 nach drei Jahren erneut die Internationale Organisation für Zivile Luftfahrt (ICAO) zu ihrer Vollversammlung zusammenkommt, werden nun dort Entscheidungen zur Klimaregulierung erwartet. Bei der ICAO werden derzeit mögliche Mechanismen zur Begrenzung der Emissionen des internationalen Flugverkehrs diskutiert. Germanwatch hat sich dafür eingesetzt, dass ein solcher Me-

chanismus möglichst ambitioniert Emissionen reduzieren und zeitgleich Mittel für die internationale Klimafinanzierung generieren sollte. Der Anteil der Erlöse der Industrieländer könnte dann ein wichtiger Baustein dafür werden, dass Industrieländer ihren internationalen Verpflichtungen zur Klimafinanzierung nachkommen. Nicht nur auf EU-Ebene, auch weltweit ist Germanwatch – zum Beispiel bei den UN Klimaverhandlungen – zu diesem Thema eng mit NGO-Kollegen vernetzt. In Deutschland organisierte Germanwatch regelmäßige Strategietreffen mit weiteren Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, publizierte ein Positionspapier und brachte das Thema durch gezielte Pressearbeit in die Öffentlichkeit. Ebenso setzte sich Germanwatch dafür ein, dass der Flugverkehr solange weiterhin in den EU-Emissionshandel – bislang das einzige bestehende Instrument zur Adressierung der internationalen Flugverkehrsemissionen – einbezogen sein sollte, bis international ein entsprechend ambitioniertes Instrument verabschiedet wird.

Verwendung der EU-ETS-Auktionierungserlöse für internationale Klimafinanzierung

Deutschland nutzt seine Auktionierungserlöse des EU-Emissionshandels – über den Energie- und Klimafonds – für internationale und nationale Klimafinanzierung. (Umso bedauerlicher ist, dass insbesondere Wirtschaftsminister Rösler maßgeblich dazu beigetragen hat, dass bislang die notwendige Reform des EU-Emissionshandels unterblieb und damit inzwischen auch die Einnahmen deutlich unter den Erwartungen zurückbleiben.) Damit dieses Beispiel innovativer Finanzierungsinstrumente nach dem Verursacherprinzip auch in weiteren EU-Mitgliedsstaaten Schule macht, hat Germanwatch dieses Beispiel auch außerhalb Deutschlands bekannt gemacht. So publizierte Germanwatch gemeinsam mit NGO-Vertretern aus sieben weiteren Mitgliedsstaaten eine Studie, in der detailliert beschrieben wurde, wie all diese Mitgliedsstaaten die Erlöse verwenden. Darüber hinaus setzte sich Germanwatch innerhalb von Deutschland stark für den Erhalt des Energie- und Klimafonds ein, da dieser die Transparenz über die Verwendung der EU-ETS-Erlöse erhöht. Dies erleichtert uns und anderen Beobachtern nachzuvollziehen, ob Deutschland seine internationalen Klimafinanzierungs-Verpflichtungen erfüllt.



MitarbeiterInnen:



Anja Esch
(bis 05/2013)
Teamleiterin



Linde Griebhaber
Referentin für internationale
Klimafinanzierung und
Investitionen



Dr. Ludger Reuke
Referent für Entwicklungs-
politik

Praktikant: Robert Ritzel

Weitere Unterstützung durch: Dr. Manfred Treber, Yasmin Grohse

Verantwortlich seitens des Vorstands: Michael Windfuhr, Klaus Milke

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Bildung für nachhaltige Entwicklung bedeutet mehr als objektiv über die Herausforderung von Hunger, Klimawandel oder Menschenrechtsverletzungen zu berichten. Dauerhafte Anstöße zu verändertem Verhalten und verstärktem politischen Einsatz sind nur zu erwarten, wenn Erlebnisse unter die Haut gehen, wenn Möglichkeiten zu begeistertem Engagement aufgezeigt werden oder Begegnungen mit Menschen möglich sind, die uns berühren. Germanwatch versucht immer stärker, solche Möglichkeiten zu schaffen – schwerpunktmäßig mit unserem Team Bildung für nachhaltige Entwicklung, über deren wichtigste Aktivitäten im Folgenden berichtet wird, aber auch mit weiteren Bausteinen unserer Bildungsarbeit, die in den anderen Teilen dieses Berichts zu finden sind.

Die Große Transformation national und international voranbringen

Wir brachten im *NGO Dialogue on Transformation* viele faszinierende Menschen aus sozialen Bewegungen, NGOs und Initiativen aus mehr als 20 Ländern zusammen, die auf sehr unterschiedliche Weise in den Bereichen Klimaschutz/Energieversorgung bzw. Ernährungssicherung/Landwirtschaft engagiert sind. Ein internationaler Leitungskreis entwickelte Kernfragen für den Dialogprozess. Ziel war die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure sowohl aus den Grassroot-Organisationen wie auch aus den eher in der Lobbyarbeit engagierten zivilgesellschaftlichen Akteuren. Der Dialog fand seinen vorläufigen Höhepunkt in einer internationalen Konferenz im Oktober 2012 im Wissenschaftszentrum Bonn. Hintergründe zum Dialogprojekt, kurze Video-Statements der Mitglieder des internationalen Leitungskreises und ein Ergebnisbericht der Konferenz finden sich auf der Webseite www.dialogue-on-transformation.org.



TeilnehmerInnen der Konferenz NGO Dialogue on Transformation (Bonn, Nov. 2012). Foto: Volker Lannert

Um den Kontakt zu Partner in Schwellen- und Entwicklungsländern zu stärken, beteiligt sich Germanwatch auch am Engagement Global NRW Reverse Programm. Von Dezember 2012 bis Ende Februar 2013 war Sabnam Sarmin vom *Centre for Participatory Research and Development (CPRD)* aus Dhaka, Bangladesch im Bonner Büro. Sie hat dort Themen aus Bangladesch in die Bildungsarbeit und Kommunikation der Folgen des Klimawandels eingebracht. Bangladesch gilt als ein hauptbetroffenes Land des Klimawandels. Mittlerweile hat man dort so viel Expertise in der Anpassung an die Folgen des Klimawandels – zum Teil mit ganz einfachen, kostengünstigen Mitteln – erarbeitet und angewendet, dass viele Experten aus Bangladesch in anderen stark betroffenen Ländern als Experten angefordert werden. Gemeinsam mit dem Bildungs-Team hat sie einen Vorschlag für ein Projekt "*Climate Chat*" erarbeitet, der den Austausch von SchülerInnen in Deutschland und Bangladesch untereinander fördern soll.

Netzwerkarbeit und Beratung von Verbänden und Initiativen zu den Germanwatch-Themen ausbauen

Das Germanwatch-Team berät in NRW Verbände, Gruppen und Initiativen (z.B. Eine Welt Forum Düsseldorf; Youthinkgreen), hält Vorträge und organisiert Workshops und Seminare zum Thema Klima und Entwicklung. Ermöglicht wird dies durch eine im Bonner Germanwatch-Büro angesiedelte Stelle des NRW-Promotorenprogramms zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Angeregt durch gute Erfolge in NRW startete, mit der Unterstützung durch das BMZ, in 2012 die Ausweitung zu einem bundesweiten Promotorenprogramm. Durch die Stelle als Promotor Klima und Entwicklung rü-

cken, neben den NRW-Akteuren, ab 2013 bundesweite Themen und Vernetzungen stärker ins Blickfeld der Arbeit.¹³

Germanwatch initiiert und unterstützt auch Strategietage für (Jugend-) Gruppen und Verbände. Die verschiedenen Herausforderungen der Großen Transformation sind Thema der zweimal pro Jahr stattfindenden Strategietage. Standen beim ersten, zusammen mit der Ev. Kirche von Westfalen durchgeführten Strategietag globale Veränderungsprozesse im Fokus, so stehen für den zweiten Strategietag die Bedeutung des Klimawandels für Energiewende und Ernährungssicherung im Zentrum – diesmal mit den Partnern agl, dem bundesweiten Dachverband der Eine-Welt-Landesnetzwerke, und Eine Welt Netz NRW. Die Strategietage finden jeweils im Haus Wasserburg, einer Bildungsstätte der Pallottiner in Vallendar, statt und vertiefen so auch Zusammenarbeit und Partnerschaft mit dieser Einrichtung.

Als kleine Organisation entfaltet Germanwatch eine größere Wirkung, wenn bestehende Verbände, Organisationen und Dachverbände uns einladen, unsere Expertise und Anliegen ihre Strukturen hinein zu tragen. Über die Kooperation mit dem Haus Wasserburg angeregt, fand auch mehrmals ein Strategieaustausch mit der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (aksb) statt. Der Schwerpunkt der aksb ist die politische Bildung. Als Ergänzung zum bestehenden Schwerpunkt Inklusion wurde, angeregt durch unsere Vorträge und Workshops, der zweite Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung für alle etwa 60 Mitgliedseinrichtungen beschlossen. Wir freuen uns darauf, in den nächsten Jahren bei der Umsetzung dieses Schwerpunktes beratend und ausgestaltung mitzuwirken.

Auch das internationale Netzwerk Youthinkgreen wird seit einigen Jahren von uns begleitet und beraten. Höhepunkte im Berichtszeitraum waren die gemeinsamen Aktionen auf der Rio+20-Konferenz in Brasilien sowie auf der UN-Klimakonferenz in Doha. Germanwatch hat auch die internationale Youthinkgreen-Konferenz¹⁴ im Mai 2013 in Berlin durch Vorträge und Workshops ergänzt.

Immer häufiger werden das Bildungsteam oder andere MitarbeiterInnen für Vorträge an Schulen, bei Stiftungen und Jugendverbänden, an Universitäten und in Bildungsakademien angefragt. Weitere Details dazu finden sich im Terminkalender auf der Germanwatch-Webseite.¹⁵

Konkrete Bildungsarbeit in Schulen und Gruppen: Germanwatch Klimaexpedition und Bildungsmaterialien weiterentwickeln

Unser umfangreichstes Bildungsangebot ist die Germanwatch Klimaexpedition. An knapp 300 Tagen war sie im Schuljahr 2012/2013 an allen Schulformen ab Klasse 5 im ganzen Bundesgebiet unterwegs. Der anschauliche Vergleich von live gezeigten Satellitenbildern mit archivierten Aufnahmen ermöglicht es SchülerInnen und zunehmend auch MultiplikatorInnen bereits sichtbare Auswirkungen des Klimawandels auf sich wirken zu lassen und Hintergründe eigenständig zu erarbeiten. (So haben wir im Jahr 2012/2013 neue Arbeitsmaterialien und Flyer erstellt, Kopiervorlagen der Arbeitsblätter aktualisiert und mehrere Bildungs-Broschüren veröffentlicht.)



Im Jahr 2012 ist die Germanwatch Klimaexpedition vom Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE), einem Beratergremium der Bundesregierung in Nachhaltigkeitsfragen, als Werkstatt-N 2012 Projekt

Inzwischen ist auch die ergänzende Germanwatch Rohstoffexpedition in der Lage, die Spuren unseres Energie- und Ressourcenverbrauchs sichtbar zu machen. Klima- und Rohstoffexpedition verbinden auf eindrucksvolle Weise die digitale Lebenswirklichkeit der SchülerInnen mit den sozialen und ökologischen Folgen des Rohstoffabbaus. Die Germanwatch Klimaexpedition ist am 11. Juli 2013 von der Deutschen UNESCO-



Auszeichnung der Germanwatch Klimaexpedition als offizielles Projekt der UN-Dekade.

Kommission als UN-Dekadeprojekt in Dinslaken ausgezeichnet worden. Diese ausgezeichneten Projekte dienen dazu, den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren, die Lebensqualität zu steigern und die soziale Teilhabe zu stärken, sagte Prof. Gerhard de Haan, Vorsitzender des deutschen Nationalkomi-

¹³ www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/216/

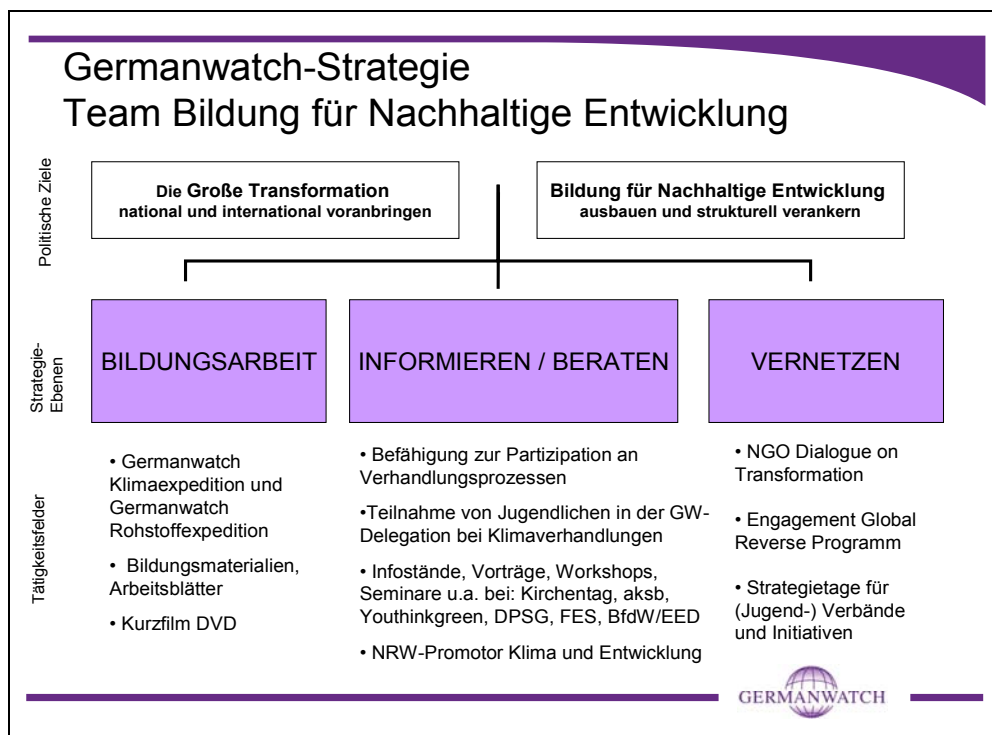
¹⁴ www.youthinkgreen.org/de/1-weltjugend-nachhaltigkeitsgipfel-2013/

¹⁵ www.germanwatch.org/de/termine

tees der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung", bei seiner Laudatio im Dinslakener Rathaus.

Ausblick

- In 2014 werden die Klima- und Rohstoffexpedition kontinuierlich aktualisiert. Wir hoffen darauf, als nächsten Schritt einen Kooperationspartner zur Finanzierung einer satellitenbildgestützten Ernährungsexpedition zu finden.
- Der *NGO Dialogue on Transformation* soll in Abstimmung mit dem internationalen Leitungskreis fortgeführt werden.
- Politisch wollen wir uns dafür einsetzen, dass Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) stärker im Mainstream (z.B. als Teil in der Aus- und Weiterbildung von Unternehmen, Behörden, allen Ausbildungsgängen) sowie in schulischen Lehrplänen verankert wird.



MitarbeiterInnen:

	Stefan Rostock Teamleiter		Bentje Woitschach (bis 04/2013) Referentin - Bildung für nachhaltige Entwicklung		Alexander Reif (ab 07/2013) Referent - Bildung für nachhaltige Entwicklung
	Clara Baues (seit 08/2013) Freiwilliges Ökologisches Jahr 2013/14		Charlotte Nelles (07-11/2012) Werkstudentin NGO Dialogue on Transformation		

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Martin Fliegner, Holger Voigt, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Thomas Rahne, Michael Geisler)

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Achim Flasche, Alexandra Kintner, Christiane Siemer, Clara Weichelt, Julia Pesch, Markus Köppler, Patrizia Powierski

Verantwortlich seitens des Vorstands: Klemens van de Sand

Pressearbeit

Germanwatch gelang es sowohl mit der Veröffentlichung eigener Studien als auch durch den konstant guten Kontakt zu Medienvertretern, in der Öffentlichkeit Akzente zu setzen. Erfolgreiche Pressearbeit definiert sich dabei für uns nicht in erster Linie über eine große Anzahl von Nennungen von Germanwatch in Medien. Es geht beständig auch darum, Journalisten in Hintergrundgesprächen für unsere Themen zu sensibilisieren und mit Fachwissen auszustatten, so dass spannende Debatten über Germanwatch-Themen mehr Raum in den Medien einnehmen. So haben wir etwa ausgewählte Medienvertreter mehrfach – zum Beispiel im Umfeld der symbolisch sehr wichtigen Richtungsentscheidung über eine Reform des EU-Emissionshandels (Backloading) im Europaparlament Anfang Juli 2013 – schon vor den Ereignissen mit Hintergrundmaterial versorgt. Und zahlreiche Journalisten fragen vor wichtigen Debatten zur Energiewende, Menschenrechten und weiteren Themen von sich aus bei Germanwatch an, um unsere Argumente in der Debatte berücksichtigen zu können.

Seinen weltweiten Bekanntheitsgrad ausbauen konnte Germanwatch 2012 erneut vor allem durch die Veröffentlichung von unserem Klimaschutz- und Klima-Risiko-Index während des UN-Klimagipfels in Doha im November desselben Jahres. Die Medien in vielen Ländern berichteten – oft in großer Aufmachung – über das Abschneiden "ihres" Landes im Germanwatch-Klimaschutzindex¹⁶. Viele große Nachrichtenagenturen nahmen den Index wieder in ihre Berichterstattung auf. Germanwatch hat den Klimaschutzindex im Dezember 2012 zum achten Mal veröffentlicht und damit über die Jahre eine international beachtete Marke geschaffen. Ganz erhebliche und wachsende Aufmerksamkeit erzeugt auch der Klima-Risiko-Index¹⁷, den Germanwatch beim Klimagipfel in Doha immerhin schon zum siebten Mal vorgestellt hat. Damit haben wir auch die gegenüber Klimarisiken besonders verletzlichen Staaten wieder in den Fokus der Berichterstattung rücken können. Die Resonanz gerade in den betroffenen Staaten ist sehr erfreulich und politisch relevant.



Pressekonferenz zur Vorstellung des Klimaschutz-Indexes auf dem Weltklimagipfel in Doha am 3.12.2012. V.l.n.r.: Jan Burck, Christoph Bals (beide Germanwatch), Wendel Trio (Climate Action Network). Foto: Lisa Meier.

Auch mit weiteren medienwirksamen Auftritten erzeugte Germanwatch national und international regelmäßig Druck und lenkte die Aufmerksamkeit auf relevante Themen. Zu den besonders wirkungsvollen Aktivitäten der Germanwatch-Pressearbeit gehörte die von Germanwatch mitgetragene Veröffentlichung eines Appells von sechs (später sieben) großen Unternehmen und Germanwatch für eine schnelle und grundlegende Reform des EU-Emissionshandels und ambitionierte EU-Emissionsziele im Februar 2013.¹⁸ Über den von Germanwatch mitinitiierten Appell berichteten die großen Nachrichtenagenturen sowie über mehrere Tage hinweg die meisten bundesweiten Printmedien. Der Appell

¹⁶ www.germanwatch.org/ksi

¹⁷ www.germanwatch.org/kri

¹⁸ www.germanwatch.org/de/6576

tauchte danach noch monatelang immer wieder als Bezugspunkt in Artikeln und Interviews großer Medienverlage auf.

Auch das Team Unternehmensverantwortung wurde 2012/2013 immer wieder von Medien kontaktiert, vor allem zu Fragen rund um faire IT-Produkte. Artikel erschienen unter anderem bei Handelsblatt Online, Spiegel Online sowie Beiträge in Magazinen von ZDF und WDR. Mitte 2013 wünschten viele wichtige Medien eine Einschätzung zum neuen "Fairphone", das nach langer Vorlaufzeit nun im Internet bestellt werden kann.

In den deutschen regionalen Zeitungen ist zudem die Germanwatch Klimaexpedition sehr häufig vertreten. Lokale Medien berichten nahezu jede Woche über die eindrücklichen Erfahrungen der SchülerInnen bei den Vergleichen der Live-Satellitenbilder zum Klimawandel. Ein Erfolg, basierend auf der bewährten Kooperation mit dem sehr engagierten und kooperativen Team von Geoscopia GbR.

Germanwatch hat seine Pressearbeit Mitte 2013 personell gestärkt. Nachdem Larissa Neubauer die Pressearbeit über vier Jahre mit einer Teilzeitstelle deutlich weiterentwickelt hatte, hat im Juli 2013 Stefan Küper die Koordinierung der Germanwatch-Medienarbeit mit einer Vollzeitstelle übernommen.

Ausblick

In den kommenden Monaten wollen wir die strategische Medienarbeit von Germanwatch weiter verbessern. Zum einen wollen wir noch mehr "Dienstleister" für Medien werden, das heißt, JournalistInnen frühzeitig vor Ereignissen oder Entscheidungen mit relevanten Informationen versorgen und ihnen Hintergründe erläutern. Zum anderen streben wir an, uns öfter und zeitnah zu aktuellen Debatten in den Germanwatch-Themenfeldern zu äußern. So hoffen wir, drei Ziele zu erreichen: Eine noch qualifiziertere Berichterstattung über zentrale Herausforderungen unserer Zeit, eine noch größere Wahrnehmung von Germanwatch in der Öffentlichkeit und eine weiter wachsende Wertschätzung von JournalistInnen für Germanwatch als umfassende, kompetente Informationsquelle.

MitarbeiterInnen:



Mit Unterstützung von: Oldag Caspar, Charlotte Cuntz, Dr. Gerold Kier

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

Öffentlichkeitsarbeit

Zu den wichtigsten strategischen Zielen der Öffentlichkeitsarbeit zählt es, die zentralen Inhalte der Germanwatch-Arbeit zielgruppengerecht zu vermitteln und den aktuellen sowie potenziellen InteressentInnen attraktive Angebote zu machen, regelmäßig von uns mit Informationen versorgt zu werden.

So begleitete das Team Öffentlichkeitsarbeit mit Unterstützung freier MitarbeiterInnen im vergangenen Berichtszeitraum wieder mehr als 20 *Fachpublikationen*. Hinzu kommen Veröffentlichungen mit Kooperationspartnern, Materialien (Flyer, Poster etc.) sowie die regelmäßig erscheinenden Veröffentlichungen (Zeitung Weitblick, Mitgliederrundbriefe, KlimaKompakt-Ausgaben, Newsletter Kurznachrichten) an insgesamt über 20.000 eigene AbonnentInnen sowie im Falle der Zeitung Weitblick auch an KäuferInnen der taz (Gesamtauflage siehe Tabelle).



Die DVD mit Kurzfilmen für die Große Transformation (u.a. mit "Die Rechnung", "Klimagericht" und "What am I") entstand in Kooperation mit Brot für die Welt (bestellbar unter: www.germanwatch.org/de/6301).

Auch entstand gemeinsam mit dem Team Bildung für Nachhaltige Entwicklung eine attraktive *DVD mit ausgewählten Kurzfilmen*, die regen Anklang bei MultiplikatorInnen aus dem Bildungsbereich findet.¹⁹ Weiterhin konnten wir gemeinsam einen ansprechenden *Germanwatch-Auftritt beim Evangelischen Kirchentag 2013* realisieren.



Der Germanwatch-Auftritt beim Kirchentag regte zum Nachdenken an und hinterließ nicht nur bei den BesucherInnen Spuren. (Foto und Konzeption der Fußabdrücke Carlo Müller mit Unterstützung von Bentje Woitschach)

Neben der Zeitung Weitblick ist die Germanwatch-Website www.germanwatch.org unser wichtigstes Instrument der Kommunikation sowohl an die interessierte als auch die breitere Öffentlichkeit. Sie wurde ebenso wie verschiedene Projektwebsites kontinuierlich aktualisiert und weiterentwickelt. Ein besonderes Beispiel für letztere ist die neue Website *Low Carbon Partnerships*, welche trilingual in deutscher, englischer und chinesischer Sprache über das Projekt "Sino-European Partnership on Low Carbon and Sustainable Urban Development" informiert (www.low-carbon-partnerships.org).

Dank der ehrenamtlichen Unterstützung unseres Vorstandsmitglieds Anne-Kathrin Kirchhof hat Germanwatch einen erfolgreichen *Facebook-Start* hingelegt und bereits mehr als 650 Fans ("Likes") so-

¹⁹ www.germanwatch.org/de/6301

wie innerhalb der ersten 42 Wochen seit Bestehen eine Reichweite von insgesamt rund 40.000 aktiven Leser unserer Posts. Eine wichtige Leitlinie unserer Social-Media-Strategie war es dabei, die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen so effizient einzusetzen, dass wir ein entsprechendes Angebot auch längerfristig aufrecht erhalten können.

Tabelle: Übersicht AbonnentInnen und Publikationen – Vergleich mit dem letzten Berichtszeitraum

	09.2012-08.2013	zum Vergleich: 09.2011-08.2012	Anmerkungen
Weitblick Gesamtauflage	ca. 100.000 pro Ausgabe (5 Ausgaben insgesamt)	ca. 100.000 pro Ausgabe (4 Ausgaben insgesamt)	Distribution: Wochenendbeilage der taz, Verteilung bei Veranstaltungen, Versand an AbonnentInnen
Weitblick Abonnenten	13.359	13.091	+ 2%
KlimaKompakt Abonnenten	6.471	6.177	+ 4,8%
Kurznachrichten Abonnenten	1.066	711	+ 49,9% (bis Anfang 2012 war Bezug nur für Mitglieder möglich)
Materialbestellungen	über 480 Besteller, ca. 10.950 Einzelmaterialien	über 420 Besteller, ca. 9.270 Einzelmaterialien	

Stand: Juli/August 2013

MitarbeiterInnen:



Pascal Molinario
Teamleiter



Pascale Piel
(seit 08/2013)
Freiwilliges Ökologisches Jahr 2013/14

Mit Unterstützung von Ljiljana Djuric und Andrea Taubert

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Carlo Müller, Kathrin Kühn

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof, Klaus Milke

Service

Kostenlose Abos - Zeitung Weitblick, Newsletter Kurznachrichten und KlimaKompakt:
www.germanwatch.org/abos

Publikationen bestellen und/oder herunterladen:
www.germanwatch.org/de/publikationen

Pressemitteilungen: www.germanwatch.org/de/presse

Veranstaltungen: www.germanwatch.org/de/termine

Allgemeine Informationen: www.germanwatch.org

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Germanwatch arbeitet eng mit ausgewählten Organisationen, Partnern und Persönlichkeiten zusammen – sei es, weil wir sie als Dialogpartner schätzen oder unter dem Aspekt ihrer wichtigen strategischen Rolle für gemeinsame Ziele. Dadurch konnten auch im vergangenen Jahr wieder viele Verstärkungseffekte für uns erzielt werden und wir konnten andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen. Gleichzeitig stellen unsere Vernetzungsstrategien eine besondere finanzielle und kapazitätsmäßige Herausforderung für Germanwatch dar.

Mitgliedschaften von Germanwatch

Agrarbündnis, Attac, Bananenkampagne, Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER), Climate Action Network (CAN), CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie), Deutscher Naturschutzring (DNR), Die Klima-Allianz, ECCJ, Eine Welt Netz NRW, Eine Welt Netzwerk Bayern, Eine Welt Netzwerk Hamburg, Erlassjahr.de, European Business Council for Sustainable Energy (e5), Global Climate Forum, Forum Menschenrechte, Forum Nachhaltige Geldanlagen, Forum Umwelt und Entwicklung, Global Campaign for Climate Action (GCCA) / tcktcktck Campaign, Global Challenges Network (GCN), Global Compact, GoodElectronics Netzwerk, Greenskies, Munich Climate Insurance Initiative (MCII), Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze, Nord Süd Forum München, NRO-Netzwerk Corporate Accountability (CorA-Netzwerk), OECD Watch, Ökowerk NRW, Our World is Not For Sale (OWINFS) + Seattle to Brussels Network (S2B), Publish what you pay, Renewables Grid Initiative (RGI), Steuer gegen Armut, Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Zukunftsrat Hamburg.

Arbeitsgruppen / Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch, Stiftung Zukunftsfähigkeit, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Aus Germanwatch – gegründet 1991 – entwickelte sich die 1997 gegründete Stiftung Zukunftsfähigkeit, nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf selbst nicht in größerem Umfang Geld langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung ergänzt durch ausgewählte Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z.B. für die Einführung einer Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Altersvorsorge oder durch Moderationstätigkeiten bei den Klimaverhandlungen mit Delegierten aus Entwicklungsländern. Inzwischen haben mehr als 30 Zustifterinnen und Zustifter den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die hierauf nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen, das nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr darstellt. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertretern des Bundesumweltministeriums Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



E Finanzbericht für das Kalenderjahr 2012

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

Einnahmen

Die Einnahmen haben sich auch im Jahr 2012 erfreulich entwickelt. Sie betragen rund 3.972.947 Euro (+82,7 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Diese enorme Steigerung ist auf wenige neue Großprojekte bei bestehenden Gebern zurückzuführen, bei denen Germanwatch sowohl von Seiten des Gebers als auch seitens der Partnerorganisationen das Vertrauen entgegen gebracht wurde, als Konsortialführer zu agieren und damit die Verantwortung für umfangreiche Maßnahmenpakete zu tragen. Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung von Germanwatch. Wie zuvor schon angedeutet, ist bei der Höhe der Einnahmen – sowohl insgesamt als auch bei der Betrachtung einzelner Projekte – zu beachten, dass ein Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen zur Weiterleitung an Partner für „externe Projektarbeit“ in Kooperationsprojekten bestimmt ist (vgl. Abb. E.1 + E.2). Ein Beispiel hierfür ist ein durch die Stiftung Mercator finanziertes Projekt, bei dem wir zusammen mit der Organisation Third Generation Environmentalism (E3G) zu kohlenstoffarmer Stadtentwicklung in Deutschland und China arbeiten. Einen Teil der Gelder, die Germanwatch als „Senior Project Partner“ von der Stiftung Mercator für die Projektdurchführung erhält, werden hier vereinbarungsgemäß an den Partner E3G weitergeleitet. Gegenüber 2011 ist der Umfang des "steuerbegünstigten Zweckbetriebs" um 33,7% gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch eine erweiterte Förderung des Bildungsprojektes "Klimaexpedition" durch Lightcycle zu erklären, die wie bereits 2011 dem Zweckbetrieb zugeordnet wurde. Zieht man die Einnahmen für externe Projektarbeit ab, macht der Anteil der Einnahmen einerseits im ideellen Bereich und andererseits im Zweckbetrieb mit insgesamt 77,5% den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Umfang des "steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs" ebenfalls deutlich gestiegen. Zu den Aktivitäten, die dem „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ zuzuordnen sind, zählte als ein besonders umfangreiches Vorhaben, das Projekt "Loss and Damage in Vulnerable Countries Initiative", das durch das Climate and Development Knowledge Network (CDKN) aus Großbritannien finanziert wurde (vgl. Tab. E.2b). Die Zuordnung zu den verschiedenen Vereinsbereichen erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien. So fallen viele Projekte, bei denen wir uns an öffentlichen Ausschreibungen beteiligt haben, in den "steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb".

Mitgliedsbeiträge, Spenden und der Zuschuss der Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil aus. Diese in aller Regel nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel einsetzen. Wir nutzen sie beispielsweise, um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und zu kofinanzieren, um die Nachhaltigkeit von Germanwatch und unsere zukünftige Handlungsfähigkeit zu sichern. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für die Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden – hierzu zählen beispielsweise Aktivitäten, bei denen wir im Sinne unserer politischen Ziele kurzfristig auf wichtige aktuelle Ereignisse reagieren, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen.

Die Mitgliedsbeiträge sind mit rund 71.147 € ungefähr auf dem Vorjahresniveau geblieben. Die Spendeneinnahmen erhöhten sich aufgrund einer im Vergleich zum Vorjahr um 10.000 € höheren zweckgebundenen Spende der Barthel-Stiftung um 8,9 %. Die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit, deren vorrangiger Stiftungszweck neben einer begrenzten Anzahl eigener Aktivitäten die Förderung von Germanwatch ist, hat uns abermals gefördert. Ihre Zuwendung in Höhe von 10.000 € war zur Programmfinanzierung vorgesehen und damit nicht zweckgebunden.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spenderinnen und Spendern, Zustifterinnen und Zustiftern der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie allen Zuschussgebern gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistete

Arbeit sowie das über das normale Maß hinausgehende Engagement hauptamtlicher Kräfte – beides kann in dem vorliegenden Zahlenwerk nicht abgebildet werden – möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2012 und Vergleich zu 2011 (Ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb und steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (im Folgenden abgekürzt als WGB))

	2011	2012	
A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Zinseinnahmen)			
<u>Ideeller Bereich:</u>			
1. Mitgliedsbeiträge	72.679,97 €	71.147,16 €	
2. Spenden	110.901,81 €	120.733,80 €	
3. Förderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	20.000,00 €	10.000,00 €	
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	1.480.626,36 €	1.724.194,11 €	
5. Zuschüsse für externe Projektarbeit	48.117,23 €	233.314,43 €	
6. Einnahmen CorA-Netzwerk	25.385,78 €	35.142,00 €	
7. Sonstige Einnahmen	61.570,21 €	24.096,44 €	
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>			
8. Einnahmen Zweckbetrieb	156.454,37 €	209.183,55 €	
9. Einnahmen WGB	193.771,00 €	638.115,82 €	
10. Einnahmen für externe Projektarbeit WGB	- €	899.933,79 €	
	2.169.506,73 €	3.965.861,10 €	
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Nebenkosten Geldverkehr)			
<u>Ideeller Bereich:</u>			
11. Löhne und Gehälter	789.186,26 €	825.643,54 €	
12. Soziale Abgaben	163.166,89 €	147.690,88 €	
13. Fremdhonorare	277.229,75 €	313.769,70 €	
14. Miete/Mietnebenkosten	51.983,47 €	53.411,70 €	
15. Abgaben/Versicherungen	1.607,98 €	4.090,59 €	
16. Beiträge	9.036,24 €	42.625,00 €	
17. Werbe- und Reisekosten	85.483,58 €	161.146,23 €	
18. Instandhaltungen und Kleingeräte	18.586,98 €	11.915,90 €	
19. Abschreibungen	11.288,48 €	6.272,64 €	
20. Porto	29.697,54 €	34.252,41 €	
21. Telefon/Internet	15.913,53 €	12.449,54 €	
22. Kopier- und Faxkosten	17.999,36 €	20.124,11 €	
23. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	138.553,64 €	178.227,59 €	
24. Externe Projektarbeit	48.117,23 €	233.314,43 €	
25. CorA-Netzwerk	30.942,72 €	23.935,10 €	
26. Unterstützung Regionalgruppen	85,80 €	- €	
27. Bürobedarf	5.044,00 €	4.722,00 €	
28. Bücher und Zeitschriften	2.122,33 €	2.091,47 €	
29. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	7.530,24 €	5.101,00 €	
30. Sonstiges	6.301,21 €	10.249,09 €	
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>			
31. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	177.785,06 €	192.078,41 €	
32. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	169.192,42 €	600.937,49 €	
33. Externe Projektarbeit WGB	- €	899.933,79 €	
	2.056.854,71 €	3.783.982,61 €	
C. Laufendes Ergebnis	112.652,02 €	181.878,49 €	
D. Einnahmen Vermögensverwaltung			
32. Zinseinnahmen	5.497,40 €	7.085,55 €	
E. Ausgaben Vermögensverwaltung			
33. Nebenkosten des Geldverkehrs	- 816,64 € -	1.344,06 €	
F. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	117.332,78 €	187.619,98 €	
Gesamtergebnis 2012			
Ideeller Bereich	<u>Einnahmen</u> 2.218.627,94 €	<u>Ausgaben</u> 2.091.032,92 €	<u>Einnahmenüberschuss</u> 127.595,02 €
Ertragssteuerneutrale Posten		10.969,37 €	-10.969,37 €
Vermögensverwaltung	7.085,55 €	1.344,06 €	5.741,49 €
Zweckbetrieb	209.183,55 €	192.078,41 €	17.105,14 €
WGB	1.538.049,61 €	1.500.871,28 €	37.178,33 €
Summe	3.972.946,65 €	3.796.296,04 €	176.650,61 €

Tab. E.2a. Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2012 im Vergleich zu 2011

Verbandszuschüsse

	<u>2011</u>	<u>2012</u>
	€	€
Stiftung Mercator	6.377,81	533.181,38
European Climate Foundation	236.188,09	268.675,12
Smart Energy for Europe Platform (SEFEP)	164.947,50	155.043,49
Brot für die Welt	75.575,00	81.452,63
Climate Works Foundation	69.711,13	50.325,13
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen	13.800,70	19.914,30
Misereor	4.000,00	17.059,06
Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)	3.865,00	15.000,00
Stiftung Zukunftsfähigkeit	20.000,00	10.000,00
Stiftung Nord-Süd-Brücken	20.000,00	5.000,00
Fondation des droits de l'Homme au travail - FDHT	0,00	5.000,00
Heinrich-Böll-Stiftung	5.500,00	3.422,82
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (über Fairplanet e.V.)	0,00	2.700,00
Deutsche Bundesstiftung Umwelt - DBU	0,00	2.525,00
Mercator Schweiz	5.659,00	2.000,00
Alexander-von-Humboldt-Stiftung	5.600,00	0,00
Worldwatch Institute	5.000,00	0,00
Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz	15.550,00	0,00
Katholischer Fonds	4.100,00	0,00
Eine Welt Netz NRW	2.553,00	0,00
DAKT - Die andere Kommunalpolitik Thüringen e. V.	2.000,00	0,00
Institute of Development Studies in Brighton	2.000,00	0,00
	<u>662.427,23</u>	<u>1.171.298,93</u>

Hierbei wurden in 2012 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 202.872,61 Euro einkommensneutral behandelt.

Zuschüsse von Behörden

	<u>2011</u>	<u>2012</u>
	€	€
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) über Umweltbundesamt (UBA)	256.678,82	322.913,98
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	202.953,00	200.000,00
Europäische Kommission (über CAN Europe)	62.157,58	71.706,92
Europäische Kommission (über SOMO)	116.844,99	71.173,87
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	124.465,96	49.549,00
Engagement Global	0,00	42.100,00
Europäische Kommission (über RAC-France)	39.433,85	38.765,84
GIZ/ InWent	39.260,00	0,00
Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz	33.708,70	0,00
Europäische Kommission (über Practical Action)	12.063,24	0,00
Verbraucherzentrale Bundesverband Überzahlung	-1.189,78	0,00
	<u>886.376,36</u>	<u>796.209,61</u>

Hierbei wurden in 2012 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 13.751,16 Euro einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2b. Projektbezogene Einnahmen im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2012 im Vergleich zu 2011

Steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb

	<u>2011</u>	<u>2012</u>
	€	€
Climate and Development Knowledge Network (CDKN)	12.493,28	1.153.142,48
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	81.915,77	325.705,69
Stiftung 2 Grad	0,00	23.548,44
Sustainable Business Institute	0,00	18.300,00
GIZ	0,00	11.000,00
Climate Analytics	0,00	4.420,00
Agentur für Erneuerbare Energien	0,00	1.250,00
Umweltbundesamt (UBA)	73.054,72	0,00
West LB	6.240,00	0,00
WWF UK	6.000,00	0,00
Misereor	5.546,22	0,00
WWF Singapore	4.350,00	0,00
Lightcycle Klimaexpedition außerschulisch	2.550,00	0,00
Sonstige Einnahmen	1.621,01	683,00
	<u>193.771,00</u>	<u>1.538.049,61</u>

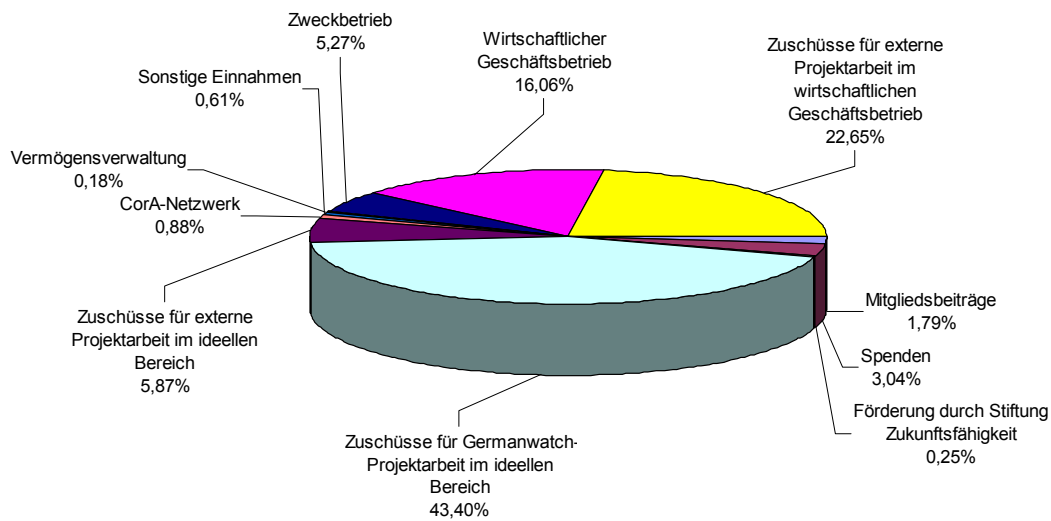


Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2012

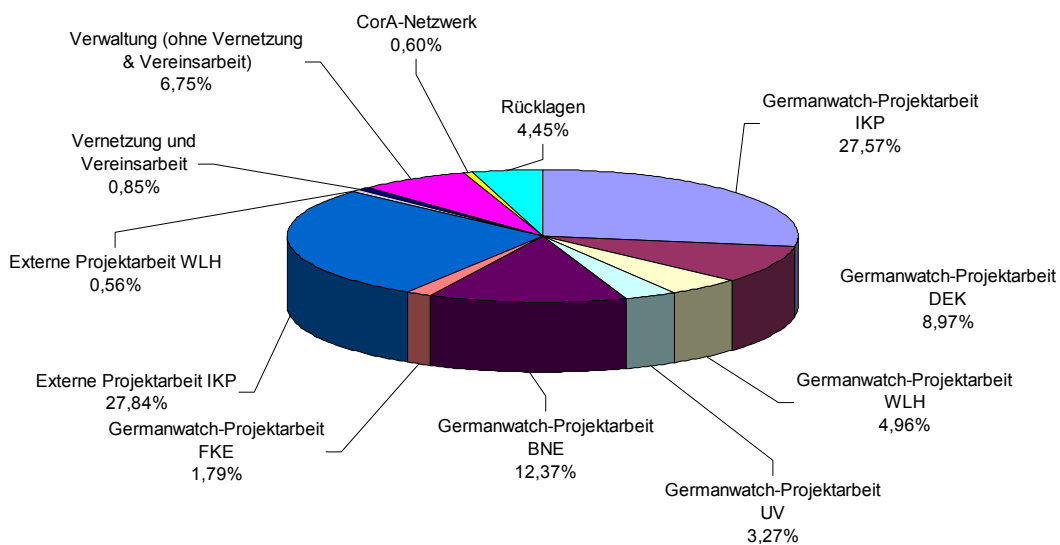


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2012 – aufgeschlüsselt auf die Teams bzw. Arbeitsbereiche

Erläuterung: IKP = Internationale Klimapolitik, DEK = Deutsche und EU-Klimapolitik, WLH = Welternährung, Landnutzung und Handel, UV = Unternehmensverantwortung, BNE = Bildung für Nachhaltige Entwicklung, FKE = Finanzierung für Klima und Ernährung / Entwicklung. Das CorA-Netzwerk wurde separat ausgewiesen - Germanwatch leistet seit dem 23.12.2010 die Finanzverwaltung dieses Zusammenschlusses verschiedener Organisationen, die zum Bereich Unternehmensverantwortung arbeiten (darunter auch Germanwatch), und der keine eigene Rechtspersönlichkeit hat.

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Ausgaben nach Tätigkeitsbereichen, wobei auch hier – wie bei den Einnahmen – die externe Projektarbeit separat ausgewiesen ist. Die Projektarbeit wurde nach unseren sechs politischen Fachteams gegliedert.

Der weitaus größte Bereich der Germanwatch-Projektarbeit entfällt auf Aktivitäten des Teams Internationale Klimapolitik (31,8% Prozent der Ausgaben zuzüglich 27,8 Prozent für externe Projektarbeit), gefolgt von den Teams Bildung für Nachhaltige Entwicklung (12,4 Prozent) und Deutsche und EU-Klimapolitik (9,1 Prozent).

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil weiterhin die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengekommen rund 1.347.267 € (davon 373.932 € außerhalb des ideellen Bereiches) ausmachen. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Dass wir bei unserer Arbeit, die den besonders verletzlichen Menschen vor allem in den Entwicklungsländern zu Gute kommen soll, auf die Politik und Wirtschaft des „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen konzentrieren, führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Wir fördern in aller Regel keine Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland. Durch diesen Unterschied weist unser Budget einen relativ hohen Anteil an eigenen Personalkosten auf.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2012 weist einen Überschuss von 176.650 € auf und liegt damit erneut im positiven Bereich. Dies ist ein Ausdruck davon, dass Germanwatch große Anstrengungen für ein ausgeglichenes Ergebnis unternimmt und sich gleichzeitig für finanzielle Herausforderungen wappnet, etwa für den Fall sinkender Einnahmen aufgrund der Krisen auf den Finanzmärkten und der Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Außerdem sehen wir es im Sinne einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Vorgehensweise als wichtig an, angesichts des in den letzten Jahren erfolgten Wachstums unseres jährlichen Budgets den absoluten Umfang der Rücklage auszubauen – auch weil mit gewachsenem Gesamtbudget ein höherer Liquiditätspuffer zwingend erforderlich ist, da Geldgeber oftmals nicht im Voraus zahlen und wir dann in Vorleistung treten müssen. Auf der Grundlage der Entwicklung seit Anfang 2013 gehen wir davon aus, dass auch zum 31.12.2013 ungefähr ein ausgeglichenes Ergebnis realisiert werden kann.

Grundlagen des Finanzberichts

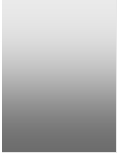




Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die *Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen*, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 21). Das Jahresergebnis für 2012 wurde entsprechend der Entscheidung der Mitgliederversammlung vom 29.9.2012 von Herrn Dipl. Betriebswirt (FH) Michael Weckbecker, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer aus Bonn, auf der Grundlage der von ihm durchgeführten Buchprüfung ermittelt. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2011 über Körperschaftsteuer vom 27.12.2012 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tab. E.3: Bilanz zum 31.12.2012 und Vergleich zum 31.12.2011

<u>AKTIVA</u>		<u>2011</u>	<u>2012</u>
		€	€
A.	<u>Anlagevermögen</u>		
	Sachanlagen		
	1. Software	26,50 €	1.049,50 €
	2. Büroeinrichtung	3.403,50 €	2.870,50 €
	3. Computeranlagen	9.602,50 €	11.575,50 €
	4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.893,50 €	24.518,50 €
	5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	12,00 €	9,50 €
	6. GWG Sammelposten	1.429,00 €	337,00 €
		<hr/>	<hr/>
		23.367,00 €	40.360,50 €
	Finanzanlagen		
	7. Sonstige Ausleihungen	7.494,46 €	7.538,61 €
B.	<u>Umlaufvermögen</u>		
	1. Flüssige Mittel	762.390,42 €	1.245.485,92 €
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	142.159,44 €	32.744,42 €
	3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.449,88 €	351.367,79 €
		<hr/>	<hr/>
		936.999,74 €	1.629.598,13 €
	<u>Summe Besitzposten</u>	960.366,74 €	1.677.497,24 €
<u>PASSIVA</u>			
C.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	1. Rücklagen gem § 58 Nr. 7a AO	248.821,55 €	425.472,16 €
	2. Rücklagen gem § 58 Nr. 6 AO	248.557,86 €	248.557,86 €
		<hr/>	<hr/>
		497.379,41 €	674.030,02 €
D.	<u>Rückstellungen</u>		
	1. Steuerrückstellungen	3.926,05 €	2.029,00 €
	2. Sonstige Rückstellungen	4.000,00 €	4.000,00 €
E.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
	2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	43.891,77 €	487.670,02 €
	3. Sonstige Verbindlichkeiten	59.346,58 €	64.978,62 €
F.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	345.110,67 €	438.077,32 €
		<hr/>	<hr/>
	<u>Summe Schuldposten</u>	960.366,74 €	1.677.497,24 €
	<u>Vermögen des Vereins</u>		
	Abstimmung 2012:		
	Vermögen des Vereins 2011		497.379,41 €
	Jahresüberschuss 2012		176.650,61 €
			<hr/>
	Vermögen des Vereins 2012		674.030,02 €
			<hr/> <hr/>

MitarbeiterInnen des Teams Finanzen & Verwaltung:

Leitung: Dr. Gerold Kier (Administrativer Geschäftsführer)

	Ljiljana Djuric Sekretariat und Projekt- assistenz Büro Berlin		Lisa Meier Finanzreferentin		Ulrike Koll Finanzreferentin
	Andrea Taubert Sekretariat und Projekt- assistenz Büro Bonn		Heike Zbick Finanzreferentin		

Mit Unterstützung von Judit Mays

F Ausblick

Die Bundestagswahlen sind gelaufen, wenn dieser Bericht im Internet veröffentlicht wird. Wir sind dann gerade dabei, dafür zu werben, uns wichtige politische Forderungen²⁰ in der Koalitionsvereinbarung einer neuen Bundesregierung zu verankern. Die neue Bundesregierung, das neue Parlament, die Ausschüsse, Neubesetzungen in Ministerien – das werden nun wichtige und zum Teil auch neue Ansprechpartner für uns sein.

Im vor uns liegenden Jahr 2014 wird die – bislang wichtigste – Europawahl wichtige Weichen für die EU stellen. 2014 wird auch die EU-Kommission neu gebildet. Viele Fragezeichen sind damit verbunden, welche fortschrittliche Politik dann weiterhin möglich sein wird. Werden sich die politischen Parteien trauen, Debatten an den richtig gestellten politischen Alternativen für die EU zu entzünden oder weiter das auf den ersten Blick clevere, jedoch brandgefährliche Spiel der Dethematisierung spielen? In gewissem Umfang werden wir Debatten um die europäische Krise und die notwendige „Neuerfindung“ der EU auch mit Partnern in Frankreich und Polen voranzutreiben versuchen.

Zugleich werden 2014 auf der globalen Ebene zentrale Entwicklungs- und umweltpolitische Beschlüsse für das Schlüsseljahr 2015 vorbereitet. Denn 2015 ist das Zieljahr der bisherigen und zugleich das Startjahr für neue Millennium Development Goals (MDG). Es ist auch das Startjahr für die im Rio+20-Jahr 2012 vereinbarten Sustainable Development Goals (SDG). Deutschland und die EU sollten in diesen Prozessen eine pro-aktive Rolle übernehmen. Im Jahr 2007 übernahm Angela Merkel in der EU und auf dem von ihr geleiteten G8-Gipfel eine dynamische Treiberrolle für den Klimaschutz. Wird sie daran 2015, wenn sie – vielleicht wiedergewählt – wieder einen G8-Gipfel in Deutschland leiten wird, anknüpfen? Denn Ende 2015 steht ja dann ein – hoffentlich ambitioniertes – internationales Klimaabkommen beim entscheidenden Klimagipfel in Paris (COP21) auf dem Programm.

Für diese Prozesse müssen in den nächsten Monaten viele Weichen gestellt, die richtigen Verbindungen, aber auch Trennlinien zwischen diesen Prozessen hergestellt werden. Hier werden wir uns intensiv einbringen. Und wir werden uns dabei immer wieder mit unseren Partnern in Ländern des Südens austauschen – mit vom Klimawandel betroffenen Menschen, mit Initiativen, sozialen Bewegungen und KleinbäuerInnen, die um das Recht auf Nahrung ringen oder mit Akteuren aus Bangladesh oder anderswo, die etwa mit Hilfe von OECD-Fällen mehr Unternehmensverantwortung einfordern.

Ein einsatzfreudiges Germanwatch-Team treibt all das in guter Zusammenarbeit professionell voran. Aber wir müssen viel dafür tun, dieses zu erhalten und weiter zu entwickeln. Eine bessere Grundfinanzierung neben den vielen Projektfinanzierungen mit ihren oftmals sehr kurzen Laufzeiten wäre sicherlich ein entscheidender Beitrag dafür.

Wir wollen auch vor diesem Hintergrund unsere Organisationsentwicklungsbemühungen weiterführen. Insbesondere wollen wir uns in den kommenden Monaten damit auseinandersetzen, welche Verbesserungen in der Aufgabenaufteilung zwischen Vorstand und Geschäftsführung sinnvoll sein könnten.

Wir freuen uns darauf, die vor uns liegenden Aufgaben anzupacken. Und wir hoffen auf einen lebhaften Austausch mit unseren Mitgliedern und unseren unterschiedlichen Kooperationspartnern – sei es per E-Mail oder Telefon, im direkten Kontakt bei einer unserer Veranstaltungen oder auf anderem Wege!

²⁰ vgl. unser Papier "Entscheidungen für eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft. Germanwatch zur Bundestagswahl 2013", www.germanwatch.org/de/6335

Unser Leitbild

Hinsehen, analysieren, einmischen – für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen

Wir engagieren uns für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Wir engagieren uns für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.

Wir sind eine unabhängige Entwicklungs- und Umweltorganisation, die sich für eine zukunftsfähige globale Entwicklung einsetzt. Zukunftsfähig heißt für uns sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig.

Unseren Zielen wollen wir näher kommen, indem wir uns für faire Handelsbeziehungen, für einen verantwortlich agierenden Finanzmarkt, für die Einhaltung der Menschenrechte und für die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels stark machen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen.

Wir beobachten in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene die für unsere Ziele relevanten Akteure aus Politik und Wirtschaft. Auf der Grundlage wissenschaftsbasierter Analysen informieren wir die Öffentlichkeit, leisten Bildungs- und Lobbyarbeit und zeigen den Verbraucherinnen und Verbrauchern Wege auf, wie sie unseren Zielen entsprechend handeln können. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, arbeiten wir auch mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen zusammen. Für unser Verhältnis zu Unternehmen gilt die Maxime: Kooperation wo möglich, Konfrontation wo nötig – je nachdem, wie Nachhaltigkeitskriterien am wirkungsvollsten durchgesetzt werden können.

Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden ist der Ausgangspunkt unserer Arbeit.

Politik und Weltmarktstrukturen sowie der inzwischen immer häufiger kopierte ressourcenintensive Wirtschaftsstil des Nordens beeinflussen das Leben der Menschen weltweit. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die gerade auch den Menschen im Süden eine Zukunft geben, die durch die ungezügelter Globalisierung an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder durch den Verlust ihrer ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen in ihrer Existenz bedroht werden.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern sowie mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Wir sind ein hoch motiviertes Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen mit langjähriger Erfahrung und Expertise im Entwicklungs- und Umweltbereich. Mit Kreativität und strategischem Weitblick wollen wir unseren Zielen kontinuierlich näher kommen.

Damit wir unsere Unabhängigkeit sichern können, sind wir auf die Spenden und Beiträge unserer Mitglieder und Förderer sowie auf Zustiftungen zu unserer Stiftung Zukunftsfähigkeit angewiesen. Wir freuen uns über jede finanzielle und ideelle Unterstützung von Menschen, die unsere Überzeugungen teilen.